

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Wilhelm, Magdeburg, Verlag von Bernhard Harbig in Magdeburg-Neuhof. Druck von J. u. J. B. Harbig, Magdeburg, Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schwabstraße). Preisveränderung: Nr. 1667.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangierlohn) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 90 Pf. — Der Preisband in Deutschland monatlich 1 Ggr. 170 Pf., 2 Ggr. 290 Pf. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mt., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 250 Ggr. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Mittwoch erscheinenden Beilage) 5 Pf., mit der Sonntagsbeilage Die Neue Welt 10 Pf. Post-Bestellkarte Nr. 7330.

Nr. 47.

Magdeburg, Freitag, den 25. Februar 1898.

9. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

## Chronik auf das Jahr 1848.

25. Februar.

Schon früh Morgens sammelten sich große Menschenmassen vor dem Pariser Stadthause, wie auch die Straßen die ganze Nacht nicht leer geworden waren. Namentlich die Arbeiter gaben sich die Parole, auf der Hut zu sein. Man wollte sich nicht wieder die einmal erkämpfte Republik, deren wegen schon so viele frühere Kämpfe geführt worden waren, entreißen lassen. Zudem misstrauete man in diesem Kreise der provisorischen Regierung, die allerdings zum größten Teile aus bürgerlichen Republikanern bestand, welche von der sozialistischen Republik Blancs und Alberts nichts wissen wollten. Der Greve-Blay, der heutige Place de l'Hotel de Ville, wimmelte von Menschenmassen, die sich aus den Vorstädten herandrängten. Ununterbrochen erschallte die Marseillaise. In vielen Stellen flatterten rote Fahnen. Dem Arbeiter Marché war es gelungen, in das Beratungszimmer der Regierung zu dringen. Er stellte sich, mit dem Gewehr in der Faust, als Abgesandter des unten versammelten Volkes vor und verlangte: „Organisierung der Arbeit und das Recht auf Arbeit in einer Stunde. Das Volk will es, es wartet!“ Man erwiderte, daß sich das soziale Problem nicht in einer Stunde lösen lasse. Endlich entschloß man sich, nach erregten Debatten zwischen den Regierungsmännern selbst, das folgenschwerste Dekret zu erlassen, welches von der provisorischen Regierung ausgegangen ist. Es lautet:

Französische Republik.

Paris, 25. Februar 1848.

Die provisorische Regierung der französischen Republik verpflichtet sich für die Existenz des Arbeiters durch seine Arbeit Gewähr zu leisten.

Sie verpflichtet sich, allen Bürgern Arbeit zu garantieren. Sie erkennt es an, daß sich die Arbeiter mit einander verbünden müssen, um den rechtmäßigen Ertrag ihrer Arbeit zu genießen. Die provisorische Regierung giebt die aus der Civilliste fällige Willkür den Arbeitern, welchen sie gehört.

Die Arbeiter unten empfingen das Dekret zum Teil mit Jubel. Als der Arbeiter Marché aus dem Sitzungssaal zurückkam, hatten sich die roten Fahnen um das hundertfache vermehrt. Alle Dächer und Fenster waren mit oder ohne Einwilligung der Besitzer rot besetzt worden. Hatten doch die Arbeiter auch während des Kampfes die roten Fahnen auf den Barrikaden vielfach aufgezogen. Jetzt verlangte das Volk leidenschaftlich, daß auch auf dem Stadthause die rote Fahne gehißt werde. Die Regierungsmänner, mit Ausnahme Blancs, widersetzten sich entschieden. Als der Tumult immer größer wurde, ging Lamartine hinunter und sprach von der Freitreppe des Hauses zu dem versammelten Volk. „Bis zum Tode“, so schloß er seine Ansprache, „werde ich dieses blutige Banner von mir stoßen und Ihr müßt es noch mehr verabschonen als ich. Die rote Fahne, die Ihr uns bringt, hat, durch das Blut des Volkes geschleift, 1791 und 1793 den Weg zum Marsfeld gemacht. Die Trikolore aber hat die Welt durchzogen mit dem Namen, dem Ruhme, der Freiheit des Vaterlandes!“ Der auf die heißblütigen Franzosen gut gewählte Vergleich verfehlte seine Wirkung nicht. Man hörte Rufe „Es lebe die Republik!“ und allmählich beruhigten sich die Volksmassen.

Nach Brüssel brachten um Mitternacht aus Frankreich eintreffende Reisende die ersten Nachrichten von der Republik. Auch hier entstand eine mächtige Aufregung und es bildeten sich bedrohliche Ansammlungen. Am 26. rief darauf der König der Belgier einen Ministerrat zusammen und erklärte, er habe nicht aus Ehrgeiz nach der Krone gestrebt und sei bereit, auf dieselbe zu verzichten, falls seine Person ein Hindernis für die Ruhe des Landes sei. Das Ministerium erwiderte, daß das Volk kein Verlangen nach einer Republik habe. Zwei Tage darauf wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der den Wahlzensus auf 20 Gulden herabsetzte und weitere Reformen wurden zugeagt. Die Unruhen in Belgien waren bald beendet.

## Die Säbelherrschaft in Frankreich.

— Paris, 23. Februar 1898.

Die Geschworenen im Prozeß Jola bejahten sämtliche Schuldfragen und verurteilten Jola zu einem Jahre Gefängnis und 3000 Franc Geldstrafe. Perrey erhielt vier Monate Gefängnis. Clemenceau wurde zu vier Monaten Gefängnis und 3000 Franc Geldstrafe verurteilt.

Der 50. Jahrestag der Februar-Revolution scheint Frankreich wieder am Vorabend einer Umwälzung anzutreffen. Die Geschichte Frankreichs im letzten Jahrhundert bildet eine lebendige Widerlegung der bei uns zur Zeit dominierenden und dem deutschen Nationalcharakter so sehr angepaßten Anschauung von der sog. allmählichen Ent-

wicklung. Sie vollzieht sich in einer Kurve, die unter beständigen Sprüngen vorwärtsschreitet und eine ängere Gefehmähigkeit keineswegs aufweist. Natürlich sind ihre Evolutionen genau so „naturnotwendig“ begründet, wie der langsame spießbürgerliche Fortschritt. Nur ist ihre Gefehmähigkeit schwerer zu erkennen.

Die dritte bürgerliche Republik, die unter den Schrecken des Militärdespotismus begonnen, scheint unter den Schrecken des Militärdespotismus wieder auseinandergehen zu wollen. Freilich geht der Weg diesmal nicht über die Leichen hingemordeter Kommunalen; es handelt sich diesmal bloß um ein gewöhnliches Justizverbrechen. Aber die wenigen Tage einer brutalen Rechtsbeugung haben hingereicht, um offen zu zeigen, auf welchem Grunde die ganze demokratische Republik steht.

Die Korruption der offiziellen französischen Gesellschaft zeigte sich zum ersten Male in ihrem vollen Umfange beim Panamatraged. Es gab damals einen großen Skandal, und es schien, als wollte die Rechtsprechung gründlich aufräumen und selbst die höchsten Spitzen des Staatswesens nicht verschonen. Eine solche wirkliche Reinigung wäre aber gleichbedeutend mit Selbstvernichtung gewesen, und nur wenige Ideologen, die den historisch bedingten Charakter der Rechtsformen, als auch ihre eigenartige Stellung im Klassenstaate nicht begreifen können, daher abwechselnd über die Schlechtigkeit der Welt enttäuscht, oder von dem Sieg der ewigen Gerechtigkeit träumen, konnten durch das Resultat des so pompös eingeleiteten Prozesses enttäuscht sein. Als die öffentliche Meinung neuen Sensationen nachjagte, als die allgemeine Zeitungsenpörung längst verrauscht war, wurden die Panama-Verhandlungen vor fast leeren Bänken geführt. Eine „Enthüllung“ war nicht mehr zu befürchten.

Die französische Gesellschaft läßt aber ihren Bankrott sehr gut. Wie im vorigen Jahrhundert die Aristokratie, so kennt die Bourgeoisie jetzt nur noch den einen Wahrspruch: Après nous le déluge. Sie weiß, daß sie einer neuen Kommune nicht widerstehen, und im Bewußtsein dieser ihrer Unfähigkeit flüchtet sie zu den bekantem beiden Gewalten: zum Säbel und zur Kirche. Sie bezieht sich freiwillig aller ihrer Errungenschaften, um ihre Existenz zu verlängern. Die Nation, die in ihrem Geistesleben, in ihrer Literatur, in ihrer Kunst in schrankenloser Freiheit sich auslebt, läßt den Säbel hochheben und sucht demüthig den Weg nach Rom. In französischen Novellen begeben sich die jungen Baronessen, so oft sie einen Ehebruch begangen, in die Kirche zur Beichte. Henri Rochefort, einst das Symbol eines Demokraten, das Entzücken aller Libertiner, der unbeugsame Intransigent, geht jetzt Arm in Arm mit dem Klerus und mit der Armee, mit den Leuten, denen ein Prinz von Orleans gerührt die Hand drückt, die den Ruf „Vive la république“ mit Schreien und Schlägereien beantworten.

Der Prozeß Jola, dessen Schlusakt soeben vollzogen, hat seinen eigentlichen Anlaß längst vergessen machen. Kein Mensch kümmerte sich mehr um den Hauptmann Drehfus, der auf die Teufelsinsel verbannt ist. Erst Jola hat in seiner grandiosen Rede, die schon rein formell ein Kunstwerk von wunderbarer Schönheit war, die Aufmerksamkeit auf jenen Unglücklichen gelenkt. Seine herrlichen Schlussworte, in denen er sich selbst, seine Werte, seine durch viele, viele Jahre harter Arbeit errungene Bedeutung zum Bürger setzte für die Unschuld von Drehfus, mußten als Manifestation einer genialen Persönlichkeit faszinierend wirken, sie mußten jeden auf das Tiefste erschüttern. Die fanatisierte Pariser Menge aber, die sich diesem Banner doch wohl nicht entziehen konnte, suchte sich durch Geschrei und rohes, gezwungenes Gelächter zu betäuben.

Die Säbelherrschaft ist in Frankreich unter Beifallsgeklöse der Massen eingezogen, sie hat die Volksvertretung, wie den Gerichtssaal occupiert. Die Generale hielten Reden an die Geschworenen, sie forderten sie auf, nicht Recht zu sprechen, sondern der Armee Recht zu geben; ihre ergebenen Blätter druckten Tag für Tag Namen und Adressen sämtlicher Geschworenen ab, um sie, wenn das Urteil nicht nach Verlangen ausfällt, der Volkswut preiszugeben; ein notorischer Lump und Hochstapler wird als Nationalheld gefeiert; und die Kirche breitet mit listigem Augenzwinkern segnend ihre Arme über das Ganze.

Für uns Sozialisten, die wir im übrigen all diese Zuclungen der bürgerlichen Gesellschaft als lachende Dritte und mit dem Wissen: Unser die Zukunft, betrachten könnten, zeigt aber ein Umstand ein erstes und bedrohliches Symptom: Die Allemaniisten haben eine Erklärung veröffentlicht, in der sie kundthun, daß sie in der Affaire Drehfus mit unserm Genossen Naures nicht zusammengehen. Es giebt also eine sozialistische Gruppe, die der gepanzerten Partei und der reichsten Volksverdummung mit verächtlichen Armen gegenübersteht und ihren Geißen im Kampfe

gegen schamlose und gefährliche Demagogie allein läßt. So weit hat es die Zerklüftung der französischen Sozialisten, die Sektiererei und der Personenhader gebracht. Das freilich sind trübe Aussichten für die sozialistische Bewegung. Bei dem sprunghaften gallischen Temperament, bei der Centralisierung Frankreichs, die die psychologischen Faktoren und äußere Konstellationen die Umgestaltung bringen lassen kann, ist es leicht möglich, daß die französische Sozialdemokratie plötzlich vor die Entscheidung gestellt werden kann; von ihrer eigenen Stärke und Geschlossenheit, von der Intensität, mit der sie ihr eigenes Ziel verfolgt, wird ihr Erfolg abhängen. Es giebt also nur eine Aufgabe jetzt für unsere französischen Genossen: es gilt, all die kleinen Gruppen aufgehen zu lassen in eine große einheitliche sozialistische Bewegung!

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die von dem Genossen Heine-Berlin in Erwägung gezogene **Kompensationspolitik** wird von der bürgerlichen Presse weiblich ausgeschlachtet mit dem stereotypen Bemerkungen, daß die Sozialdemokratie sich wieder einmal zu „mausern“ gedente. Die lieben Freunde vergessen nur das eine, daß die Partei mit den Neuzugungen einzelner Parteigenossen nicht verquickt werden kann. Für die Partei ist das Parteiprogramm maßgebend und dies enthält kein Wort dieser Kompensationspolitik, sondern bekundet offen und ehrlich die Gegnerschaft zum heutigen Militär- und Klassenstaat. Und diesem Staate bewilligt die Sozialdemokratie keinen Groschen und wird auch wohl nie in die Lage kommen, ihre Haltung zu ändern. Sie wird im Gegenteil in dem Maße verschärft, als der gegenwärtige Militär- und Klassenstaat schroffer gegen die Sozialdemokratie auftritt und alle ihre Forderungen a limine ablehnt. Jedwede „Kompensationspolitik“ fällt sonach von selbst in sich zusammen. (Siehe auch die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion.)

Eine **Ausweisung auf Grund einer Bestrafung wegen Majestätsbeleidigung** ist vom Oberverwaltungsgericht gutgeheißen worden. Ein Schmied W. war zu mehreren Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er in der Betrunktheit eine Majestätsbeleidigung begangen hatte. Nach seiner Freilassung erhielt er vom Polizeipräsidenten in Berlin die Aufforderung, sich als ein für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlicher Mensch aus Berlin und Umgegend zu entfernen. Eine dagegen erhobene Klage beim Oberverwaltungsgericht ist von diesem abgewiesen worden mit der Begründung, daß nach § 2, Nr. 2 des preussischen Gesetzes über die Ausnahme neu angeziehender Personen vom 31. Dezember 1842 die Landespolizeibehörde entlassene Personen, welche zu Zuchthaus oder wegen eines Verbrechens, wodurch der Thäter sich als einen für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen darstellt, zu irgend einer anderen Strafe verurteilt worden sind, von dem Aufenthalt an gewissen Orten ausschließen könne. Der Polizeipräsident habe aber annehmen dürfen nach der erfolgten Bestrafung, daß es sich hier um einen für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen handle, und die Billigkeit der Handlungsweise des Polizeipräsidenten nachzuprüfen, sei das Gericht nicht in der Lage. Das Oberverwaltungsgericht hat also abermals das alte preussische Gesetz von 1842 für noch anwendbar erklärt, obwohl es in direktem Widerspruch zu der reichsgesetzlich garantierten Freizügigkeit steht. Aber selbst wenn man von dieser grundsätzlichen Unanwendbarkeit jenes veralteten preussischen Gesetzes absieht, so ist es doch ungeheuerlich, Leute, denen keinerlei unehrenhafte Bestimmung nachgewiesen ist, wie gemeingefährliche Verbrecher zu behandeln. Die unabsehbaren Konsequenzen eines solchen Vorgehens machen die reichsgesetzliche Beseitigung jener preussischen Gesetzes-Antiquität zur dringenden Notwendigkeit.

Ueber eine neue Leistung auf Grund des **groben Unfugparagrafen**, dieses löcherigsten Inventarstücks moderner Justiz, wird wieder aus Sachsen berichtet. In die Arbeiter der „Königin Marienhütte“ in Rainsdorf in Zwickau i. S. wurden Flugblätter verteilt, worin die Arbeiter aufgefordert wurden, die von der Direktion der Hütte ausgelegte Petition zu Gunsten der Marinevorlage nicht zu unterzeichnen. Darauf erhielten einige der Flugblattverbreiter von der Amtshauptmannschaft folgenden Strafbefehl: „Paul Gendarmarie-Anzeige haben Sie am 24. Januar 1898 abends in der 6. und 7. Stunde in Rainsdorf vor den drei Portierhäusern der Königin Marienhütte an Arbeiter dieses Werkes Flugblätter mit der Ueberschrift: „An die Arbeiter der Königin Marienhütte in Rainsdorf“ verteilt, in denen dem Direktorium der Königin Marienhütte vorgeworfen wird, daß es die Arbeiter zur Unterzeichnung einer die Annahme der Marinevorlage bezweckenden Petition zu bewegen versuche

# Volkerversammlung Sudenburg.

Heute, Freitag, den 26. Februar, findet in der Herzberger Bierhalle, Schöningerstraße 28, eine öffentliche Volkerversammlung statt. In derselben wird Redakteur Müller einen Vortrag halten über „moderne Justiz“. Das rechtsgemäße Thema, welches sich der Referent erkoren hat, läßt wohl die Annahme zu, daß sich die Genossen und Genossinnen Sudenburgs und Umgegend recht zahlreich an der Versammlung beteiligen.

In denen weiter behauptet wird, daß „der Arbeiter“ die Kosten der Marinevorlage aufbringen müsse, wie überhaupt alle Kosten für den Militarismus dem arbeitenden Volke durch indirekte Steuern abgepreßt würden. Da diese Flugblätter, deren Inhalt in keiner Weise der Wahrheit entspricht, geeignet sind, die Arbeiterschaft gegen das Direktorium der Arbeiterpartei zu stellen, wie gegen andere Klassen der Bevölkerung in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise aufzureizen und die Verteilung zur Zeit des Schlichtens, als zu Zeiten besonderen Menschenandranges und ohne Rücksicht darauf erfolgte, ob dem einzelnen Arbeiter am Empfang des Flugblattes etwas gelegen war, so wird wegen Verbreitung groben Unfugs auf Grund von Nr. 800,11 des Reichs-Strafgesetzbuches gegen Sie hierdurch eine Geldstrafe von 30 Mark festgesetzt, im Falle der Uneinbringlichkeit hat an deren Stelle Haft in der Dauer von 8 Tagen zu treten. Zwitkau, den 8. Februar 1898. Kgl. Amtshauptmannschaft. Dr. Schnorr v. Carolsfeld.“

Wir kennen den Inhalt des Flugblattes nicht; aber wenn darin nur gesagt wird, daß die Kosten des Militarismus durch indirekte Steuern gedeckt werden, so ist das durchaus wahrheitsgemäß. Wenn aber selbst solche Abwehr-Flugschriften bereits als großer Unfug in Sachsen verfolgt werden, so ist damit einfach die freie politische Meinungsäußerung unterdrückt. Wir trauen denn doch selbst höchsten Gerichten nicht zu, daß sie diesen Strafbefehl der Amtshauptmannschaft gutheißen werden.

Seiner politischen Gesinnung halber sollte der Volksschullehrer Ulbers in Hamburg gemahnt werden. Gegen den Genannten, der im 19. hannoverschen Reichstagswahlkreise als welfischer Kandidat aufgestellt worden ist, war deshalb ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Wie man sagt, auf Betreiben des preussischen Gesandten in Hamburg. Das Disziplinargericht entschied, daß dem Angeklagten weder aus seiner Zugehörigkeit zur deutsch-hannoverschen Partei, noch aus seinem Wirken für seine politische Ueberzeugung ein Vorwurf zu machen sei, so lange ein Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen unterbleibe; es müsse daher Ablehnung des Antrages der Staatsanwaltschaft erfolgen. Diese Entscheidung wird allgemeine Billigung finden. Sie scheidet vorteilhaft ab von allen anderen Entscheidungen, in denen jemand um der gesellschaftlich verbürgten Betätigung der politischen Gesinnung willen der Prozeß gemacht worden ist.

Mit einem Schuhmanns-Gesetz hatte sich kürzlich auch die Strafkammer in Frankfurt a. M. zu beschäftigen. Das Gericht verurteilte den Schuhmann Klingenberg, der sich, um eine Dirne zu suchen, in eine Hochzeits-Gesellschaft eingedrängt hatte, wegen der im Amte verübten Vergehen des Hausfriedensbruchs und Körperletzung zu vier Monaten Gefängnis.

## Nachrichten aus dem Ausland.

Die ungarische Regierung fährt noch immer fort, nach bewährter Methode die ungarische Bauernrevolte zur Anbelung der Arbeiterbewegung zu benutzen. Am Montag fanden in Budapest in sämtlichen Arbeitervereinen wiederum Hausdurchsuchungen statt, wobei zahlreiche Dokumente konfisziert wurden. Gegen die Bauern selbst werden Mittel angewandt, wie sie nur in diesem „liberalen Musterlande“ gebräuchlich sind. So wurden mehrere Gemeinden des Szabolcer Komitats behufs Vermeidung des Verkehrs mit den Nachbargemeinden durch Genbarmarie völlig zerniert. Ebenfalls wurde der für März einberufene Bauernkongreß befristet verboten.

Im ungarischen Abgeordnetenhause fragte Graf Alexander Andrássy an, welche Verfügungen der Minister des Innern gegen die sozialistische Agitation zu treffen gedenke. Redner führte bezüglich dieser Anfrage aus, daß die agrarsozialistische Bewegung in Szabolcer und Zempliner Komitat von Agitatoren sei und absolut nicht durch einen Notstand verursacht werde. Die Agitatoren verteilen Heftschriften unter den Bauern, gegen dieselben bei Nacht schweben und verkleiden ihnen, daß ihre Bestrebungen an maßgebender Stelle gebilligt würden. Die Regierung müsse energische Schritte ergreifen; gegen die verhörende sozialistische Presse müsse eingeschritten werden. Eine bodenlose Unversämtheit. Wir haben erst kürzlich zahlenmäßig nachgewiesen wie sehr die Notlage der Landarbeiter die Ursache deren Aufwallung ist.

In die Schulleitungen Böhmens erging infolge vorgekommener judenfeindlicher Exzesse ein Erlaß, wonach die Lehrpersonen angewiesen werden, die Schulkinder zu einer verträglichen Gesinnung auch gegenüber den Angehörigen der israelitischen Konfession anzuleiten und selbst ein gutes Beispiel zu geben. Man ist also doch schon so weit gekommen in Oesterreich, durch die Schule auf das Gemüt der Kinder einzuwirken, ihnen zu lehren im Menschen zunächst den Menschen zu sehen und dann erst den Angehörigen einer andern Konfession. Vielleicht kommt man auch noch einmal weit, den Chauvinismus aus der Schule zu verbannen und den Kindern die Lehre vom „Erbfeind“ nicht mehr einzuprägen.

Der Prozeß Zola endete, wie wir an leitender Stelle bereits ausgeführt haben, mit der Verurteilung der Angeklagten. Das Urteil wird niemand überraschen. Es stand

nachdem die Militärs die Alternative gestellt, entweder Verurteilung Zolas oder Demission der leitenden militärischen Personen, von vornherein fest. Den wichtigsten Teil der Neben des Angeklagten sowie der Verteidiger bringen wir in heutiger Beilage. Ein Schlußartikel folgt.

In Wobla auf Sizilien gegen Dienstag nachmittags an tausend Bauern und Arbeiter vor das Haus des Bürgermeisters, in welches sie einzudringen versuchten, um zwei Verhaftete zu befreien. Es kam zu einem Zusammenstoß der bewaffneten Macht, wobei zwei Personen getötet wurden. Acht Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Präsekt hat sich nach Wobla, wo die Ruhe jetzt wieder hergestellt ist, begeben. Kirchofsruhe.

## Aus der Parteibewegung.

Veranstaltung einer Märzfeier hatten in Bernburg die Parteigenossen bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragt. Der Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt; charakteristisch für das heutige Bürgerturn ist es aber, daß die Ablehnung einstimmig erfolgte.

In Braunschweig verstarb der Parteigenosse Rudolf Tiggel, ein alter Veteran unserer Partei. Unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes war er aus Hamburg und Berlin ausgewiesen worden, in Braunschweig beforderte er die Vertreibung des Sozialdemokraten und zahlte die Unterstützungsgelder aus. Sein körperlicher Zustand zwang ihn, in der letzten Zeit sich etwas mehr zurückzuziehen, aber so lange er konnte, war er unermüdet für die Interessen der Arbeiter thätig.

In Nplau in Sachsen starb der Parteigenosse Leopold Abam, der schon 1848 an der Bewegung teilgenommen und jederzeit treu zur Arbeitersache gehalten hat, im Alter von 74 Jahren.

In der südamerikanischen Republik Chile ist zu Weihnachten die erste Nummer eines sozialistischen Blattes, genannt El Obrero (Der Arbeiter) erschienen, das sich die Vertretung der Arbeiterinteressen zur Aufgabe gemacht hat.

## Parlamentarische Nachrichten.

### Deutscher Reichstag. (48. Sitzung.)

A. Der Reichstag hielt am Mittwoch nur eine sehr kurze Sitzung ab. Das Geyraordinarium des Militärkreises gab zu keinen längeren Neben Anlaß. Es wurden nur einzelne lokale Wünsche vorgebracht, allgemeineres Interesse hatte nur eine Interpellation des Genossen Stolle über die durch Brand zerstörte Kaserne in Jülich. Im übrigen wurden die einzelnen Titel genau nach den Beschlüssen der Budgetkommission, die eine Anzahl Forderungen gestrichen hatte, genehmigt. Heterkeit erregte wieder einmal der Abwärt, der die gestrige Sitzung verlassen hatte und nun heute gern seine Mängelgeheuten über die Finanzsituation vor dem Reichstag loswerden wollte. Er wandte sich erst hilfsuchend an den Präsidenten, der ihm aber gesagt haben soll, er solle sich nur einen passenden Ersatztitel ausdenken. Dann ging der Antisemitenhäuptling zu seinen ehemaligen Bundesbrüdern, den J. Strauß, Liebermann und Genossen, schließlich haranguierte er den Generalmajor v. d. Boeckh, der ihn am Dienstag abgeholt hatte. Der passende Ersatztitel war in der heutigen Tagesordnung nicht aufzufinden, so mußte sich der wackerer Mann seine Zubehörschmerzen bis zur bitteren Besung aufsparen und mit der Rede im biden Bauche nach Hause wandeln. — Morgen ist Scherinstag.

## Aus den Kommissionen.

### Geschäftsordnungs-Kommission.

B. Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags hatte Mittwoch mit dem ihr vom Plenum zugewiesenen Antrag des Abg. August (s. Bd. Vp.) zu beschäftigen: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zu veranlassen, daß dem württembergischen Gericht Langenburg die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. August wegen angeblicher Verletzung des § 186 des S.-G.-B. erteilt werde.“ Es handelt sich um eine Privatklage des Abg. August gegen den Pfarrer Bredt in Gerabronn wegen Verleumdung und Widerlage des letzteren gegen August. Die Kommission beschloß einstimmig dem Antrag statt zu geben, wie es bereits in zwei früheren Fällen geschehen war, wo der analoge Antrag vom Abg. Stadthagen (Soz.), bezw. vom Abg. Radwancki (Centr.) gestellt worden war.

Die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt: Nachdem die Fraktion auf Grund der Erklärungen des Genossen Heine sich überzeugt, daß der Genosse ihm fern gelegen hat, sich mit dem herrschenden System in eine Kompensationspolitik einzulassen, und daß er durchaus auf dem Standpunkt der bisherigen Politik der Partei und der Fraktion steht, erklärt die Fraktion, daß für sie die Angelegenheit befriedigend erledigt ist.

Die sozialdemokratische Fraktion wird bei einer ihr passenden Gelegenheit das Grubenunglück in Wochum zur Sprache bringen. Es wird sich zu dann zeigen, inwieweit die Regierung gesonnen ist, die seit Jahren gehegten Wünsche der Bergarbeiter zu berücksichtigen. Das Ziel der Sozialdemokraten ist bekanntlich die reichsgesetzliche Regelung der Bergwerks-Gesetzgebung. Ein diesbezüglicher Antrag liegt dem Reichstage vor.

Die Vorlegung eines Reichsberggesetzes wird von der freianniger Volkspartei beantragt. (Ein diesbezüglicher Antrag ist seit Monaten dem Reichstage von sozialdemokratischer Seite vorgelegt worden.)

Die Budgetkommission des Reichstags hat an den Ausgaben des Militärkreises im Ganzen 3 038 130 Mark gestrichen.

Die zweite Lesung der Militärstrafprozessreform beginnt am 1. März.

Die Widermeister sind wieder einmal beim Reichstage um Aufhebung resp. Abänderung der Rückversicherungsgesetzgebung gekommen. Ueber die Petition ging jedoch die Petitionskommission zur Tagesordnung über, da die Erhebungen über diesen Gegenstand noch nicht abgeschlossen sind.

## Preussisches Abgeordnetenhause. (24. Sitzung.)

Bg. Das Abgeordnetenhause wandte sich, nachdem die Polizeipolizei vorüber, wieder seiner eigentlichen Aufgabe, der Erörterung des agrarischen Notstandes und der Rettung des Mittelstandes zu. Zunächst wurde ein Antrag des Centrumsabgeordneten Herold der Agrarkommission überwiesen, der die Kosten für ärztliche Untersuchungen, die zur Abwehr von Viehseuchen notwendig werden, von der Staatskasse übernommen wissen will. Der Antrag hatte bei den Rednern aller Parteien gute Aufnahme gefunden. Dann wurde zur ersten Lesung des Gesetzentwurfes über das Auerrecht (siehe nachfolgenden Artikel) geschritten, der das Herrenhaus bereits passiert hat. Neue Gesichtspunkte über die bäuerlichen Fideikomisse wurden von keiner Seite geäußert.

## Eine neue Rettung des Bauernstandes.

Das Auerrecht auf den Bauernhöfen ist, wie wir in einem früheren Artikel bereits hervorgehoben haben, von Herrn v. Wiquel zum Ausgangspunkt einer neuen Rettung des Bauernstandes gemacht worden. Bis jetzt war das An-

erbenrecht, d. h. das Recht, daß die Bauerngüter ungeteilt auf den ältesten Sohn übergehen, nur fakultativ, es galt nur für diejenigen Höfe, die in die sogenannte Högrolle eingetragen waren und dies auch nur in Hannover, Westfalen, Brandenburg, Schlesien, Schleswig-Holstein und Regierungsbezirk Stettin.

Die anderen Geschwister werden nach dem Auerrecht für ihr Erbteil am Gute entschädigt, und zwar nach einer sehr niedrigen Tare, da die kleinen Bauernhöfe natürlich nicht über größere Kapitalien verfügen. Diese gesetzliche Bevorzugung einzelner Erben entspricht genau dem Systeme der Fideikomisse auf den abligen Rittergütern, nur daß die von der Erbschaft ausgeschlossenen Bauernkinder nicht Offiziere und höhere Beamte werden können, daß ihnen kein abliges Damenstift offen steht, kurz, daß unser sonst „geordnetes“ Staatswesen für sie nicht in so ausgiebiger Weise gesorgt hat. So hat denn trotz des berühmten konservativen Sinnes der Bauern, der gerade in eine Teilung seines Hofes nur schwer willigt, das Auerrecht verhältnismäßig geringe Sympathien gehabt; die wirtschaftliche Benachteiligung der anderen Nachkommen fiel doch zu sehr in die Waagschale. So waren z. B. in der ganzen Provinz Westfalen noch nicht 5 Prozent aller Bauerngüter in die Högrolle eingetragen. Durch die hierdurch beständig steigende Parzellierung der kleinen Gehöfte wird es dem einzelnen Bauern in immer steigendem Maße unmöglich gemacht, allein aus der Bewirtschaftung seiner Scholle seine Existenz zu erhalten. Dem unaufhaltenden Ruin des Bauernstandes soll nun Einhalt gethan werden dadurch, daß für Westfalen und einzelne Kreise anderer Provinzen das Auerrecht unter Aufhebung der Högrolle obligatorisch gemacht werden soll.

Der Gesetzentwurf, der dies bestimmt, ist auch vom Herrenhause bereits genehmigt worden.

Natürlich wird durch diese ingeniöse Maßregel der eigentliche Zweck, die Erhaltung des „gesunden“ Bauernstandes, keineswegs erreicht.

Es zeugt eben allemal von sozialpolitischer Beschränktheit, wenn man im beständigen Fluß der sozialen Entwicklung irgend etwas durch mechanische Anordnungen in einem bestimmten Zustande in einer bestimmten Anzahl erhalten will. Durch das Auerrecht werden auf der einen Seite die anderen Nachkommen aus dem Bauernstande überhaupt herausgedrängt. Sie verlassen das platte Land, gehen unter die städtischen Proletarier, vermehren die industrielle Reservearmee und werden Sozialdemokraten. Aber auch die glücklichen Erben selbst kommen immer weniger in den Genuss ihrer Erbschaft. Denn so niedrig die auszuzahlenden Entschädigungen sind, das Bauerngut an sich ist bei seinem Mangel an Bargeld immer seltener in der Lage, sie zu leisten. Es muß also Schulden aufnehmen und verfallt immer mehr in die Schuldnechtschaft des Leihkapitals. So bleiben zwar die Bauernhöfe immer dem geographischen Umfange nach erhalten, ihr Wert fällt aber zusehends, und die Menschen, die von ihnen leben sollten, gehen ihrem sicheren Untergange entgegen. Die neueste Rettung des Bauernstandes ist also eine richtige Eisenbahnkur: es wird dem Patienten der Kopf abgeschritten, dann spürt er freilich nicht mehr seine Schmerzen.

Ob mit oder ohne Auerrecht: der „antikollektivistische Bauernschädel“ wird unserer Gesellschaft auf die Dauer so wenig helfen können, wie Posadowsky-Erlasse, Galle-Propaganda, Gesetze gegen Privatdozenten und jedwedes neue Evangelium.

## Zum Wahlkampf.

### Die Flottenfrage als Wahlparole.

Auf dem Parteitage der Nationalliberalen gab Herr Professor Friedberg der Regierung den guten Rat, wenn ihre Forderungen, und vor allen Dingen die Form des Flottengesetzes nicht bewilligt würde, den Reichstag aufzulösen und die Flottenvorlage als Wahlparole zu benutzen. Vor dieser Wahlparole bekundete die nationalliberale Rheinisch-Westfälische Zeitung, die bisher an der Spitze der Flotten-Enthusiasten marschierte, in ihrer Dienstausschrift eine heillose Angst. In den eigenen Reihen der Partei seien schwere sachliche und taktische Fehler gemacht, von denen man kaum wisse, ob sie sich wieder gut machen lassen. Das nationalliberale Blatt citiert dann die Artikel, welche die Rheinische Zeitung, die Deutsche Tageszeitung, die Nationalliberalen und nach ihr die nationalliberale Parteipresse in Rheinland und Westfalen noch bis vor kurzem gegen das Septennat lange Zeit hindurch gebracht haben. Abschließend schreibt die Rheinisch-Westfälische Zeitung wörtlich: „Es giebt kaum einen Wahlkreis in ganz Rheinland und Westfalen, in dem nicht das eine oder andere nationalliberale Blatt genau dasselbe gesagt hat, was jetzt das Centrum sagt. Das könnte sich bei den Wahlen fürchtbar rächen, denn man wird aus den eigenen Blättern der Partei jedem nationalliberalen Kandidaten vorhalten, daß er die Stimmung des Kreises nicht wiedergebe. Um das Bild abzurunden, muß man noch hinzufügen, daß auch mehrere nationalliberale Abgeordnete verschiedentlich Punkte des Flotten-Programms bemängelt haben und insbesondere die Flottenfrage als ungeeignet erklärt haben, um als Unterlage für die Neuwahlen zum Reichstag zu dienen. Dies hat in kräftiger Form ein in der Regel zum linken Flügel der Partei gerechneter Abgeordneter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk gethan. Nach allem können wir sagen, daß es bei diesem Verhalten innerhalb der Partei und der Parteipresse allerdings für die nationalliberale Partei in Westdeutschland schwer sein würde, nunmehr in einem Kampf für die Flottenvorlage einzutreten, falls er sich lediglich um das Septennat dreht.“ — Fürwahr ein recht helteres Bild von der „Einigkeit“ der nationalliberalen Wasserpatrioten. Der nationalliberale Professor und Abgeordnete giebt der Regierung den Rat, sich hauptsächlich auf das Septennat zu stützen, im anderen Falle den Reichstag aufzulösen und die nationalliberale Rheinisch-Westfälische Zeitung erklärt dieses für einen schweren, taktischen Fehler. Und da sollen wir nicht vergnügt dem Wahlkampfe entgehen schauen, wenn wir

Jeden wie sich die entragtesten Flottenschwärmer in einem Zustand der heftigen Auflösung befinden?

Die Erörterungen auf dem Parteitage der Nationalliberalen Magdeburgs haben wesentlich zur Klärung der Parteiverhältnisse beigetragen. Nicht nur in liberalen Kreisen Magdeburgs haben die wirtschaftspolitischen Anschauungen der nationalliberalen Parteiführer Kopfschütteln hervorgerufen, sondern auch auf dem Lande machen sich starke Bedenken laut. Daß die Nationalliberalen mit vollem Segel in das agrarische Lager eingelaufen sind und den Agrariern die Getreidezölle eintreten wollen, wird als eine Konzession an die Agrarier betrachtet, die weite Kreise des liberalen Bürgertums kopfschütteln gemacht hat. Wenn die bisherige Wirtschaftspolitik der Nationalliberalen diesen Anhängern Veranlassung gegeben, dem Parteitage nicht beizuwohnen, so sieht jetzt fest, daß die Zahl der Personen, die diese Anschauung vertreten, sich nunmehr noch vermehrt hat. Alles Zeugnis hilft nichts. Die Verfahrenheit ist so groß, daß dieselbe nicht mehr wegzuleugnen ist. Die Sozialdemokraten können hierdurch nur gewinnen.

k- Die von Richter ausgegebene Wahlparole, den Kampf nach rechts u. b. links zu führen, stößt auf fortwährenden Widerspruch. Der bereits in diesem Blatte besprochene Versammlung von Anhängern der freisinnigen Volkspartei in Berlin ist nunmehr eine zweite Versammlung erfolgt. In derselben ist der Kampf nach links auf das Entschiedenste verurteilt worden. Allgemein ist empfohlen, zunächst als selbständige Partei aufzutreten, bei Stichwahlen aber für die Sozialdemokraten einzutreten. Eine gegenteilige Politik würde nur die Reaktion stärken. Es sei mit Parteien zu palenieren, die gegen die Weltmachtpolitik, die Befehung von Klavischau und die junkerlichen Anmaßungen protestieren. Da dies am entschiedensten seitens der Sozialdemokratie geschieht, sei mit dieser Partei bei Stichwahlen zusammenzugehen. Inwieweit diesem an sich vernünftigen Ratsschlusse Folge gegeben wird, entscheidet die Zukunft. Die Stellung der Sozialdemokraten den Freisinnigen gegenüber haben wir in Nummer 44 der Volkstimme klar definiert.

### Nachrichten aus Magdeburg.

Die Maurer und Bauarbeiter, die auf dem Bau von Hertel, Lüneburgerstraße, die Arbeit niedergelegt hatten, nahmen am Donnerstag dieselbe wieder auf, nachdem ihnen vorher die Zustimmung gegeben war, daß der am Sonnabend entlassene Kollege wieder eingestellt werden sollte.

Zu dem Nachruf, den wir dem verstorbenen Staatsanwalt Meinde widmeten, bemerkt das Echo: „Ein Staatsanwalt, dem Sozialdemokraten einen ehrenvollen Nachruf widmen, dürfte gewiß zu den Seltenheiten gehören, und noch auffälliger wird der Vorfall dadurch, daß er in Magdeburg spielt, dessen Justiz bekannt genug ist.“ Folgt der Artikel der Volkstimme, dem folgende Bemerkung beigefügt ist: „Wahrscheinlich ist, wenn von einem Justizbeamten als ehrenbehaftete Person und ausdrücklich konstatiert werden muß, er habe sein Amt loyal und objektiv geführt und sich der persönlichen Angriffe auf angelegte politische Sünden enthalten.“

Die bevorstehende Reichstagswahl macht den bürgerlichen Parteien sehr viel Kopfweh, was ja um so begreiflicher ist, als es sich hier ja doch darum handelt, den Sozialdemokraten einen Sitz zu verschaffen. Die unwillkürlichen Wahlbindnisse sind schon zu diesem Zwecke geschlossen worden, auch bei uns, wie wir berichtet haben, zwischen Freisinn und Nationalliberalen. Das Verhalten der letzteren auf ihrem letzten Parteitage, ihre offenkundige Kapitulation vor dem Bunde der Landwirte, hat nun aber doch die Freisinnigen fähig gemacht und deren Kandidat, Herrn Kapbach, veranlaßt, in der vom Wahlverein der freisinnigen Volkspartei einberufenen Volksversammlung am Dienstag abend den Nationalliberalen eine Abgabe zu erteilen. Die Verhandlungen des Parteitages haben gezeigt, so führte der Redner aus, daß es nicht möglich sei, was mit dem Vorstande der nationalliberalen Partei getroffen worden ist, aufrecht zu erhalten. Die Rede des Herrn v. Syrnern sei nicht dazu angethan gewesen, das Friedenswort zu fördern. Das hätten die Herren von der freisinnigen Volkspartei doch schon früher wissen können, daß die berufenen Schleppträger der Reaktion sich zu einem Wahlbündnisse nur für diejenigen Parteien eignen, welche selbst die Reaktion unterstützen wollten.

Vor der Strafkammer hatten sich am Mittwoch der frühere Redakteur unseres Blattes, Genosse Wähl, und der Vertrauensmann der Metallarbeiter, Genosse Gärtner, wegen Veranlassens einer öffentlichen Kollekte und Veröffentlichung der Quittungen zu verantworten. Die Verhandlungen kamen jedoch nicht zum Abschluß, da es sich notwendig machte, neue Zeugen zu laden, welche zur Aufhellung des Thatbestandes beitragen sollten.

Wie wir aus einer Notiz im Central-Anzeiger ersehen, soll der Magistrat beschließen haben, eine Erhöhung der Gemeinde-Einkommensteuer von 112 1/2 auf 117 1/2 Prozent, also um 5 Prozent vorzuschlagen. Daß die Gemeinde-Einkommensteuer erhöht wird, unterliegt wohl keinem Zweifel mehr; ob diese Erhöhung aber sich in dem vom Central-Anzeiger angegebenen Verhältnisse vollziehen wird, bedarf noch erst der Bestätigung. Angesichts dieses Umstandes berührt es uns doch ziemlich sonderbar, wenn wir sehen, wie auf der anderen Seite Gelder verlangt werden für Ausgaben, die nach Ansicht der Steuerzahler durchaus nicht zu den notwendigen gehören. So werden verlangt: 4000 Mark als zweite Rate zum Bau einer offenen Rusthake im Friedrich-Wilhelms-Garten, die erste Rate betrug 12 000 Mark; bewilligt sind ferner 1200 Mark zur Unterstützung des Reitervereins u. s. w. 800 Mark für Militär-Invaliden. Das sind 18 000 Mark, die für Bewehrung auszugeben werden, die durchaus nicht im Interesse der großen Menge der Steuerzahler liegen. Nur eine kleine Anzahl Angehöriger der privilegierten Kreise unserer Stadt hat ein Interesse an diesen Ausgaben. Die Arbeiter gehören weder dem Reiterverein an, noch gehören sie zu den Befürwortern der Rusthake im Friedrich-Wilhelms-Garten, in ihrem Interesse würde es eher gelegen haben, wenn für diese 18 000 Mark, welche der Rustpavillon kostet, eine Warmhalle errichtet worden wäre. Wir erinnern weiter an die Unkosten für Denkmalbauten, die sich hoch in die Hunderttausende belaufen, und an derartige Dinge mehr. Uns scheint es doch vor allen Dingen Aufgabe einer Stadtverwaltung, die vor der Migration steht, eine Erhöhung der Steuern vorzunehmen, zu sein, alle nicht dringende notwendigen Ausgaben zu streichen. Zu diesen nicht notwendigen Ausgaben rechnen wir in erster Linie die vorstehend bezeichneten, deren Entscheidung wir als Symptom der Sparfamkeit begrüssen würden, die, um mit dem Herrn Oberbürgermeister zu reden, die Grundlage jeder vorsichtigen und geordneten Finanzwirtschaft sein muß.

Die Frage der Anstellung von Schulärzten, welche in der letzten Sitzung der Stadtverordneten so lebhaft diskutiert wurde, beschäftigt auch die Stadtverordneten von Halle in ihrer letzten Sitzung am Montag. Daß es auch hier sozialdemokratische Abgeordnete waren, welche diese wichtige Frage anschnitten, versteht sich von selbst. Im übrigen verbleibt die ganze Angelegenheit gerade so, wie bei uns. Wegen der Anstellung von Schulärzten ist nicht gut etwas einzuwenden, deshalb verfehlt man sich hinter der Mause, die Sache sei noch nicht spruchreif. Die Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordneten wurden natürlich abgelehnt.

Wie unsere Leser aus dem Stabsbericht der gestrigen Nummer unseres Blattes ersehen haben, ist der Stadtdirektor Dr. Dittmar vor einigen Tagen gestorben. So tritt uns Gelegenheit bieten, diesen

Wann kennen zu lernen, können wir ihm nur einhundertwert nachlagen. In ihm hatte die Stadt einen Mann gefunden, wie er zur Verwaltung eines solchen Postens nicht besser gewünscht werden kann. Ohne Ansehen der Person oder gar der politischen Stellung kam er jedem Besucher der Stabsdirektion mit einer Lebenswürdigkeit entgegen, wie wie sie selber nicht immer finden. Für berechtigte Wünsche hatte er stets ein williges Ohr. — Möge es dem Magistrat gelingen, einen Nachfolger für den Posten des Stabsdirektors zu finden, der seinem Vorgänger in den erwähnten guten Eigenschaften gleicht.

Der außergewöhnlich milde Winter hat die Meteorologen zu einer Reihe von Untersuchungen veranlaßt, die alle das Resultat ergeben, daß wir vorwiegend einer warmen Periode entgegengehen. Maurer hat kürzlich in der Meteorologischen Zeitschrift diesen Gegenstand behandelt und aus den bis zum Jahre 1720 zurückgehenden Berliner Temperaturbeobachtungen den Schluß gezogen, daß warme Sommer von milden Wintern und kalte Sommer von kalten Wintern begleitet sind. Es scheint also, daß wir einer Periode entgegengehen, die uns warme Sommer und milde Winter bringt.

Die von der Magdeburger Tisch- und Badanstaltsgesellschaft auf dem früheren Grundstück des Tierparks errichtete neue Schwimm- und Badeanstalt ist jetzt nahezu fertig. Die Anstalt umfaßt ein großes, mit allen Bequemlichkeiten ausgestattetes Schwimmbad und eine Anzahl Warmbäder, sowie ein Volksbadehaus. Die Eröffnung der Badeanstalt dürfte voraussichtlich Ende nächsten Monats erfolgen.

Der Arbeiter Karl S. ist bei der Arbeit in Rothenlee von der Leiter gefallen und hat sich dabei den Fuß gebrochen. Der Verletzte fand Aufnahme im Krankenhaus.

### Gerichtliche Urteile.

#### Schwurgericht Magdeburg.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde vom Schwurgericht am Mittwoch der schon öfter vorbestrafte Arbeiter Albert Bohse zu Subenburg, geboren am 7. November 1880, wegen wilfullichen Meineides unter Zustimmung des Strafmitberurtheilenden aus § 157 des Str.-G. B. zu einem Jahr Gefängnis und 6 Jahren Ehrverlust verurteilt.

### Nachrichten aus der Provinz.

**Fermerleben.** (Ein Erfolg der Presse.) In Nr. 41 der Volkstimme hatten wir eine Notiz gebracht, wonach einem Arbeiter, der bei einem hiesigen Fuhrunternehmer in Arbeit stand, zehn Mark von seinem Lohn abgezogen wurden, weil er des Nachts beim Einsahren in den Thorweg den Thorwegsperrler beschädigt hatte. Als der betreffende Fuhrunternehmer diese Notiz gelesen hatte, ließ er den Arbeiter, der schon eine Klage eingereicht hatte, zu sich kommen und handigte ihm die zehn Mark ein mit dem Bemerkten, daß er sich in den Augen der Presse nicht hätte machen sollen. Man sieht aus diesem Vorfall wieder aufs neue, wie wertvoll die Presse für die Arbeiter ist. Möge daher jedermann angelegentlich für deren Weiterverbreitung sorgen.

**Schadensfeuer.** (Schadenfeuer.) Ein recht beträchtliches Schadenfeuer kam hier am Sonntag zum Ausbruch. Die Flammen verzehrten das Anwesen des Dekonomen Heinrich Kelsmann in Abbenrode. Wohnhaus, Stallungen und Scheune sanken in Asche.

**Passstraße.** (Zusammenstoß.) Am Montag stießen oberhalb des Ortes, auf der sogenannten Försterweide, zwei Arbeiterzüge zusammen, wobei zwei Wagen beschädigt wurden. Vermutlich sind die Führer der beiden Lokomotiven durch das Signalgeben selber Stöße zu gleicher Zeit getäuscht worden. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

### Gemeinde-Zeitung.

#### Offene Stellen

für Militär-Advokaten im Bereiche des 4. Corps.  
Gesucht werden: bei der Eisenbahndirektion in Magdeburg 30 Bahnteilschaffner alsbald (nicht über 40 Jahre alt, der Dienort wird bei der Einberufung bestimmt); 800 Mark, steigend bis 1200 Mark und Wohnungsgeld, in Erfurt beim Magistrat 2 Polizeifergeanten in nächster Zeit (1200 Mark, steigend bis 1800 Mark und freie Dienstkleidung, pensionsberechtigt), in Greiz beim Postamt 1 Briefträger bezw. Postschaffner mit 200 Mark Kautions zum 1. Mai (800 Mark, steigend bis 1500 Mark und 144 Mark Wohnungsgeld), in Halle (Saale) 1 Aufseher zum 1. April (900 Mark und freie Wohnung, steigend bis 1300 Mark excl. Wohnung), in Halle (Saale) beim Postamt 1 Briefträger mit 200 Mark Kautions zum 1. Juni (80 Mark), in Suhl beim Amtsgericht 1 Kanzeleigehilfe sofort (fünf bis zehn Pfennig für die Seite). Zu diesen Stellen ist der Militärversicherungsschein erforderlich.

### Nachrichten aus dem Reiche.

**Braunschweig.** (Diebstahl.) Wie aus Braunschweig berichtet wird, sind einem Privatmann für 20 800 Mark Braunschweiger Reichsbankobligationen gestohlen worden.

**Dortmund.** (Bahntreue.) Auf der Bahnstrecke Dortmund-Herne wurde ein Verkehr eingestellt, indem in der Nähe des Hauses Wadenhorst 6 schußbereite Dynamitpatronen auf den Bahndamm niedergelegt wurden. Durch den herföhrenden Wind wurde die Fahrschneur von dem Gleise entfernt und dadurch ein Unglück verhütet.

**Gleisdiebstahl.** (Eisenbahnunglück.) Ein Zusammenstoß zweier Güterzüge hat Dienstag früh auf dem Bahnhof zu Gleisdiebstahl geführt. Ein großer Teil der Wagen wurde zertrümmert. Der Materialschaden ist bedeutend. Die Strecke Klagen-Kassel-Berlin ist gesperrt.

**Lüneburg.** (Freigesprochen.) Ueber das Eisenbahnunglück bei Geschebe, welches ursprünglich als eine That der Anarchisten bezeichnet wurde, fand in diesen Tagen eine Gerichtsverhandlung statt. Die Angeklagten wurden sämtlich freigesprochen.

**Landshut.** (Mord.) Am hellen Tage schitt am Dienstag auf der Straße nächst Landshut ein Bauernsohn einer Dienstmagd den Hals ab.

**Stuttgart.** (Mord.) In Feuerbach wurde am Dienstag Schutz-macher Bauer erdrosselt aufgefunden. Dessen Sohn wurde als des Mordes verdächtig verhaftet.

**Saarbrücken.** (Typhusepidemie in der Kasernen.) Die Zahl der verstorbenen Soldaten hat sich nun auf zwölf erhöht. General Engelbrecht erläßt eine Erklärung in der Saarbrücker Zeitung, wonach die Ursache der Erkrankungen in den Verhältnissen der Kasernen des Batalions zu suchen sei. Daran will man hier nicht recht glauben.

### Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Am Sonnabend, den 19. d. M. tagte im Bürgerhaus eine Versammlung des Holzarbeiterverbandes, Filiale Magdeburg, in welcher Baumüller einen Vortrag über „Wohlfahrtsvereinigungen“ hielt. Er erwähnte zunächst das Entstehen derselben, wie sich die Arbeiter zusammenschließen, um ihren Mitarbeitern im Falle der Not Hülfe zu leisten und den Arbeitsmarkt zu beschützen, hieran leiteten jedoch die Unternehmer, die gründeten auch sogenannte Wohlfahrts-einrichtungen, als da sind, Arbeiterwohnungen, Sparkastenerbauvereinigungen, Gewerkschaften u. s. w. Redner wies an der Hand von Tatsachen nach wie in der Jetztzeit die Wohlfahrtsvereinigungen dem Arbeiterstand Hülfeleistungen geworden sind, als abwickelndes Werk; die Hoffen, welche Klassen erwähnung und اسپرررر zum Schluß an die Versammlung, nicht den Wohlfahrtsvereinigungen, sondern sich den Kampforganisationen für anzuschließen. Allgemeiner Beifall lohnte den Referenten.

**Die Holzwerke Magdeburg der Vereinigung Deutscher Schmiede** hielt am 19. Februar eine außerordentliche Versammlung bei Wolfram ab. Genosse Bänder referierte über das „Mittel zum Erwerb des Koalitionsrechtes der Arbeiter“. Nachdem sich noch zwei Redner im Sinne des Referenten geäußert hatten, erhielt Herr Schmeckelmann Portikus das Wort. Der Herr ist Obermeister der Innung, ihm gefielen wesentlich die abschlägigen Neuerungen der Referenten über Staat und Kirche nicht, ebenfalls suchte er den Anwesenden den Wert der Innung klar zu machen und ihre Vorteile für die Gesellen zu schildern. Sowohl der Referent, als auch ein Kollege schieden den Herren aber gründlich heim, so daß er erklärte, in Zukunft keine Versammlung der Schmiedegesellen mehr zu betreten.

Eine Versammlung der Vorwärtsarbeiter von Magdeburg-Neustadt tagte am Sonnabend. (Wo? Red.) Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten, erhielt Genosse Miß das Wort, welcher über die Stellung der Gewerkschaften zum heutigen Regime referierte. Redner entließ sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden. Nachstehende Resolution wurde angenommen: „Die Mitglieder der heutigen Versammlung der Holzwerke Magdeburg-Vorwärts-Arbeiter sind mit den Ausführungen des Referenten Genosse Miß einverstanden und verpflichten sich, unentwegt für die Ziele der deutschen Arbeiter-schaft zu kämpfen.“ Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Am Sonnabend, den 19. Februar, tagte eine schwach besuchte öffentliche Eisenarbeiter-Versammlung. Zuerst erstattete die Lokalkommission Bericht über das Verhalten der Meister, die erklärt hätten, unsere Forderung nicht bewilligen zu können und es beim Alten zu lassen. Die Versammlung wurde sich nach einer Diskussion dahin einig, da wenig Arbeit vorhanden und viele Sireiz in Aussicht stehen, vom 1. März 1898 bis dahin 1899 für den alten Lohnfuß weiter zu arbeiten. Nachdem noch vier Kollegen als Agitationskomitee gewählt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Eine Monatsversammlung des Maschinen- und Felzer-vereins für Magdeburg und Umgegend tagte am 20. Februar im Bürgerhaus, Stephansstraße. Dieselbe war gut besucht. 6 Mitglieder wurden neu aufgenommen. Als Delegierte zum Verbandstage in Altdorf wurden die Kollegen Hesse und Schmidt gewählt. Die Vorarbeiten der Vorarbeiten zum 2. Stiftungsfest, welches im Mai in Feuersleben stattfinden soll, wurde einem Komitee übertragen. So-bald verlas der Vorsitzende einen Brief, in welchem die Lohn-verhältnisse der Felzer auf den hiesigen Felzerleistungen geschilbert wurden. Danach verließen die Felzer daselbst für 7 Tage Arbeit, 12 Stunden, 10 Mark Wochenlohn oder pro Stunde 22 1/2 Pfennig. Auch die Behandlung soll stellenweise zu wünschen übrig lassen.

Sonnabend, den 26. Februar, öffentliche Arbeiterversammlung bei Müller, Tschieringstraße 22. Vortrag über das Koalitionsrecht der Arbeiter.

#### Freitag, 25. Februar:

Arbeiter-Turnverein „Vorwärts“, Feuersleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Turnstunde bei Bauisch.

Männer-Turnverein Ovensleben. Jeden Dienstag und Freitag, abends 8 Uhr, Übungsstunde bei H. Kirchfeld.

Arbeiter-Turnverein Ungola. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde in der Krone, Wolbenstraße.

Freie Turnerschaft Magdeburg-Wilhelmsstadt. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde im Luisenpark.

Arbeiter-Turnverein Wendenstedt. Dienstag und Freitag Turnstunde.

Freie Turnerschaft Burg. Jeden Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr Turnstunde im „Höfjäger“.

N. Faust'scher Arbeiter-Verein. Jeden Freitag abends 8 1/2 Uhr Übungsstunde im Weißen Hirsche.

Turnverein „Jahn“, Subenburg. Jeden Mittwoch und Freitag Turn-abend in der „Herbst Wechale“, Schöningerstraße 28.

Arbeiterbildungsverein Salbe und Umgegend. Jeden Freitag, abends 9 1/2 Uhr Diskutierabend im Gasthof zum Weißen Hirsche in Weste-hsen. Gäste willkommen.

Turnverein „Jahn“, Groß-Ottersleben. Jeden Dienstag und Freitag Turnstunde.

#### Sonnabend, 26. Februar:

Gläser und Berufsgenossen, Holzwerke Magdeburg. Versammlung abends 9 Uhr bei Seebold, Braunschweigerstr. 3.

Allgem. Kranken-u. Sterbekasse der Metallarbeiter, Filiale Neue Neustadt. Samstag abends 8 Uhr im Weißen Hirsche. Ausnahme neuer Mitglieder.

O. Dittler'schen Arbeiter-Turnverein Jahn. Mitglieder-Versammlung abends 8 1/2 Uhr im Strumpfweber's Lokal.

Männer-Turnverein Weste-hsen. Jeden Mittwoch und Sonnabend, abends 8 Uhr, Turnstunde im Weißen Hirsche.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Filiale Budau. Versammlung bei Westphal (Thalia), Dorotheenstraße 14.

Sängerverein Dorsdorf, Dorsdorf. Jeden Sonnabend 8 Uhr Übungs-stunde im Deutschen Kaiser.

Männer-Turnverein Dorsdorf. Jeden Mittwoch und Sonnabend abends 8 Uhr Übungsstunde im Gasthof zum Deutschen Kaiser.

#### Stadt-Theater.

Spielplan vom 24. bis 27. Februar.

Freitag: Benefiz für Hermann Sonntag: Die angekündigte Auf-Morn; Der stehende Holländer. Samstag: Wätter Erde ist wieder Sonnabend: „Übliches Faust“ rüdigängig gemacht.

Der Feldbariton unseres Stadt-Theaters, Hermann Moray, hatte zu seinem Ehrenabend ursprünglich „Jans Helling“ ausermittelt. Infolge Heiserkeit des Herrn Elmhorst kann jedoch dieses Stück am Freitag nicht zur Aufführung gelangen. Statt dessen wird „Der stehende Holländer“ gegeben. Die Heldrolle ist von Herrn Moray besetzt. Der Oper schließt sich „Phantasien im Bremer Kaiser“ an. Somit verabschiedet der Benefiziant dem Theaterpublikum einen recht genussreichen Abend. Positiv wird sehr Bewähren gelohnt.

### Letzte Nachrichten.

In Rathenow stehen 18 Tischler und Maschinenarbeiter der Firma Richter u. Co. im Aufstand. Die Firma sucht Ersatz für die Ausständigen in Magdeburg. — Trieft. Nach dem Festschlags-Korso durchzogen etwa 1000 Arbeiter unter Abingen des Arbeiterliedes demonstrierend die Straßen. Tagelöhner wurden hochrufe auf Jola und die Sozialdemokratie aus-gedrückt.

### Briefkasten.

F. W., Fürstener. Die Veröffentlichung ihres Eingekandt müssen wir ablehnen, da eingezogene Erhebungen unsererseits ein anderes Resultat ergeben haben. — Hähle, Feuersleben. Ihre Volksversammlungsanzeige ist viel zu spät ein. Eine Veröffentlichung in heutiger Nummer war unmöglich. — Burg. Derartige Anstöße-gungen gehören in den Inferatenteil. — G., Men. Rein.

Eingegangen: Versammlungsbericht Neudorfesleben. — Kunst-ausstellung Magdeburg. — Situationsbericht des Centralverbandes der Handels-Hilfsarbeiter. — Situationsbericht des Verbandes deutscher Schuhmacher, Filiale Neustadt. — Die neuliebende Landwirtschaft.

Verhütung. In dem Artikel, die Wahlparole der National-liberalen in der gestrigen Beilage unseres Blattes muß es 2. Spalte, 6. Zeile von unten nicht heißen „Unternehmensfreundlichkeit“, sondern „Unterstützungsfreundlichkeit“ der Nationalisten.

### Versammlungslokale.

Die Vertrauensbreitungsbezirk der Volkstimme gelegenen Orte werden ersucht, diejenigen Lokale (der Name der Inhaber ist nicht angegeben), welche dem Sozialdemokraten zu Versammlungen zur Verfügung stehen.

# Tadellose Massanfertigung

## K. Schlesinger



# unter Leitung erster Meister.

## Magdeburg und Buckau

### Grösstes Kaufhaus der Provinz Sachsen eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung.

# Volks-Versammlung

Freitag, den 25. Februar, abends 8 Uhr

in der Zerbster Bierhalle, Sudenburg, Schöningerstraße 28.

Tages-Ordnung:

Moderne Justiz. Referent: Redakteur A. Müller.

Zahlreichem Erscheinen sieht entgegen

Das Wahlkomitee.

## Maler, Lackierer, Anstreicher!

### Öffentliche Versammlung

am Sonnabend, den 26. Februar, abends 8 Uhr, in Müllers Saal, Fischerkirchstraße Nr. 22.

Tages-Ordnung:

- Das Koalitionsrecht der Arbeiter in Gefahr. Referent: Gen. Voas.
- Wahl einer Lohnkommission.

Um zahlreiches Erscheinen der Kollegen ersucht

Der Einberufer.

## Öffentl. Versammlung der Böttcher Magdeburgs und Umgegend

am Sonntag, den 27. Februar 1898, nachmittags 3 Uhr im Lokale des Herrn Prautsch, Fahlshörsberg 9.

Tages-Ordnung:

- Berichterstattung der Lohnkommission über die angenommene Statistik vom Herbst 1897 und Diskussion über dieselbe.
- Welche Vorteile haben wir durch unsere Organisation erungen und was können wir dadurch erreichen. Referent: Der Vorsitzende des Zentral-Vereins der Deutschen Böttcher, Kollege Winkelmann aus Bremen.

## Konsum-Verein Neustadt

(E. G.)

### Die ordentliche Generalversammlung des I. Vierteljahres 1898

findet am Montag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Weißen Hirsch“, Friedrichsplatz 2, statt.

Die Tagesordnung und der Rechnungsabschluss liegt in sämtlichen Verkaufsstellen aus.

Die Tagesordnung wird dahin erweitert, daß auch der Paragraph 66 eventuell abgeändert werden soll. Der Zutritt ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet.

## Muttermale

(auch erhöhte), Haut- und Leberflecke etc. entfernt ohne Gift und ohne Operation (es verbleiben keine Narben).

## Hautkrankheiten

speziell alte Flechte: heilt durch **Sonnentherapie.**

## Rosa Landau

(vorübergehend hier: Bahnhofstr. 9, III., Hotel Fürst Bismark.)

Sprechstunden:

Wochentags von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends, Sonntags bis 4 Uhr nachmittags (bei Sonnenheil länger).

Im Besitze zahlreicher Dankschreiben, empfohlen von Naturheil- u. a. Vereinen.

## Große sowie kleinere Umzüge

C. Hoffes Restaurant, Dorotheenstr. 9. Sonnabend und Sonntag: Bockbierfest.

Edele Kanarienhähne hat zu verkaufen H. Käfel, Wolfenbüttelestraße 45.

## A. Friedländer

Ältestes Waren- u. Möbel-Kredit-Haus Magdeburgs nur Breiteweg 118, I.

## Magdeburg - Neustadt. Restaurant „Zur Gemütlichkeit“

früher: H. Heister.

Heute, zum Neustädter Markt, bringe meine Lokalitäten in Erinnerung. Für Gesang und humoristische Vorträge ist bestens gesorgt. Es ladet ergebenst ein

Gottfried Kersten, Schmidtstraße 58.

## Fermerleben.

## Fermerleben.

am Sonntag, den 27. Februar:

## Gr. Bockbierfest im Bertling'schen Restaurant

Inhaber: Wilh. Adamm.

Sonnabend, den 26. Februar:

## Rappenabend und Bockbier-Fest mit Musik.

Albert Horn

Neustädterlebensstr. 4.

Al. Wohn. z. verm. Hundsbürgerstraße 8.

## Walhalla-Theater.

215 Täglich Künstler-Spezialitäten-Vorstellungen.

## Stadt-Theater.

Freitag, den 25. Februar 1898. Benefiz Herrn. Morry. Der fliegende Holländer. Große Oper in 3 Akten von R. Wagner.

Phantasiën im Bremer Matscheller.

Phantastisches Tanzbild, frei nach Gauß, von C. Graeb. Musik von H. Steinmann.

In Vorbereitung:

Othello.

Große Oper in 4 Akten von Verdi.

## Wilhelm-Theater.

Freitag, den 25. Februar 1898. Der arme Edelmann. Operette in 3 Akten von Domborf.

## 30 Kleiderschränke

in Nuss- u. Birken, furniert u. lackiert, sind mit einer Anzahlung v. Mark 5 und wöchentlicher Abzahlung von Mark 1 an abzugeben.

## S. Osswald

Ulrichstraße 14 I. Etage gegenüber der Ulrichskirche.

## Cirkus-Theater.

Heute 8 Uhr:

## Spezialitäten-Vorstellung.

Elite-Programm!

Ohne Konkurrenz!

Nur Attraktionen!

Näheres an den Aufschlagstulen. Biletts im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen an den bekannten Stellen.

Nur noch einige Tage!

## Asien und Afrika.

## Eltern und Vormünder,

welche ihren Sohn resp. Mündel Bildhauer lernen lassen wollen, ersuchen wir in ihrem eigenen Interesse, bevor sie einen Lehrvertrag unterzeichnen, sich behufs Aufklärung über die Verhältnisse dieses Berufs an unterzeichnete Kommission zu wenden. Kommission der Bildhauer, Stadt Berlin, Große Mühlstraße Nr. 18. Sprechstunden: Sonnabends von 9 Uhr abends ab, Sonntag v. 11-1 Uhr vormitt.

## Reparaturwerkstatt für Uhren

A. Merker Sudenburg Breite Weg 30 d gegenüb. d. Post kostet: eine Taschenuhr zu reinigen 1 Mk. Eine neue Feder 1 Mk. Glas, Feiner u. 25 Pf.

## Mandeln und Nauten

Zum Neustädter Markt am Freitag, den 25. d. Mitt., bin ich wieder mit frisch gebräunten Mandeln und Nauten anwesend. Wilh. Schubert, Magdeburg-9.

## Herren- und Knabengarderoben-Geschäft

## G. Gehse

14 Johannisfahrtstrasse 14

empfiehlt Knaben-Anzüge in überaus reicher Auswahl, von den einfachsten bis zu den feinst. Neuheit d. Saison. Konfirmanden-Anzüge.

## Neue Betten

mit daunenweichen Federn und vorzüglichen Futters für nur

12, 17, 22 u. 24 Mark.

50 Bettstellen mit Matratzen

für nur 20, 24, 28, 30 u. 36 Mark.

Anfrage gern gestattet.

Katharinenstraße 8, hohypart.

Unsern werthen Kunden zur gest. Mitteilung, daß wir unsere Geschäfte abends um 9 Uhr schließen.

H. Schütze H. Möller

Uhrmacher

Magdeburg-Buckau.

## Otto Arnold

Schuhmachermeister

## Schnarsleben

empfiehlt in großer Auswahl

## Schuhe und Stiefel

in solider Ware zu billigsten Preisen.

Du, sagte mein Freund, ahnst wohl kaum, wie es wohlthuend ist und nicht schwächend wirkt so ein Rohrbaut-Dampfbad.

Probe-Dampfbad nur 1 Mark gegen Abgabe dieser Annonce.

E. Seebach's Badeanstalt, Gr. Schulstr. 4

105 Lieferant fast sämtlicher Krankenkassen Magdeburgs und Umgegend

## Möbel

## Polsterwaren,

große Posten Teppiche, ca. 100 Spiegel, Stageren Bilder, ausnahmsweise spottbillig zu vert.

## Breiteweg 89-90 Georg Mook.

Küchenzettel bei Lehrerinnen- und Damenhelms, Breiteweg 82, 1 Kr.

Freitag: Indelluppe, Feitasse und Salz-tartoffeln.

Küchenzettel bei Magdeburger Volkshaus

Gr. Marktstr. 2 und Schmidtstr. 61

Freitag: Grüne Bohnen mit Hammelfleisch

## Revolutions-Chronik.

Anno 1848.

Der König von Preußen hat ein sehr ungnädiges Kabinettschreiben an den Oberpräsidenten v. Wedell über die schrecklichen Zustände in Oberschlesien gerichtet. Der König und die Königin geben einen außerordentlich glänzenden Ball in Berlin. Es sollen über 1500 Personen — darunter sämtliche Deputierte — geladen sein. — Gegen einen Handlungs-Kommiss in Manheim wird ein Steckbrief erlassen wegen Verbreitung des revolutionären Flugblattes, von einem Kaliber, wie es noch nicht da war: „Gruß zum neuen Jahre. An unsere Brüder, die deutschen Proletarier, gedruckt bei Schlagdrauf und Hilsbirselbst, Deutschland 1848.“ — Die Kammer in Karlsruhe nimmt mit großer Mehrheit den Antrag an, der den Ersatz der Censurkosten aus den Jahren 1844 und 1845 durch den früheren Minister verlangt. — In der jüngsten Zeit sind abermals in mehreren Fabriken in Mühlhausen i. E. die Löhne der Arbeiter vermindert worden. In einer der größeren Werkstätten entschlossen sich deshalb die Beschäftigten, zu einer freiwilligen Abdankung in Masse; sie kehrten zurück, als der Besitzer der Fabrik Zugeständnisse machte. —

## Der beleidigte Herr v. Kardorff.

Mit der Wahrheitsliebe des Herrn v. Kardorff beschäftigt sich auch die Leipziger Volks-Zeitung. Ihrem sehr interessanten Artikel entnehmen wir folgendes:

Herr v. Kardorff gehörte zu den Gründern der Vereinigten Königs- und Laura-Hütte, gemeinsam mit Gerfon Bleichröder, Jakob Landau, Heinrich Hennam, Justizrath Friedensburg, Graf von Haffelberg, dem damaligen alt-burgischen Minister von Sperenberg. Die Aktien wurden an der Börse ein wildes Spielpapier, der Kurs stieg unaufhörlich bis zum Wiener Krach, wo er auf 276 stand, um dann mit einem Schlage auf 80 zu sinken.

Herr v. Kardorff gründete weiter zusammen mit Rothschild, Bleichröder, Jakob Landau und Wilhelm Behrens in Hamburg die Deutsche Reichs- und Kontinentaleisenbahn-Gesellschaft mit einem Grundkapital von 10 Millionen Thalern. Die 40prozentigen Interimscheine wurden zunächst mit 55—65 Thalern bezahlt und notierten 1876 mit 10 Thalern, was einem Kursverhältnisse von 160 zu 25 entspricht. Diese Gesellschaft mit dem großen Namen baute damals die Linie Posen-Creuzburg, mit der sich die in Folge der Laskerschen „Euthüllungen“ eingeleitete Eisenbahn-Spezialuntersuchungskommission des Landtags befaßte.

Herr v. Kardorff-Wabnitz war Gründer und Aufsichtsrat der Bahn und zugleich Gründer und Aufsichtsrat der Deutschen Reichs- und Kontinentaleisenbahn-Gesellschaft, die die Bahn baute. Die Baugesellschaft wurde überhaupt nur zum Zwecke der Bahn gegründet und erhielt den Bau in Generalentreprise. Man überließ ihr das gesamte Aktienkapital im Nennwerte von 12 Millionen Thalern; aus dem Erlös sollte sie sich bezahlt machen und außerdem an die Aktionäre bis zum 1. Juli 1875 5 Prozent „Bauginsen“ gewähren. Als dritter in diesem edlen Bunde bestand noch als Finanzkonfession ein Fachverein von Bankhäusern (Bleichröder und Landau), die die Aktien zum Kurse von 73, also mit 27 Prozent Abzug, veräußerten und die „Bauginsen“ auszahlen, dieses gegen die kleine Entschädigung von 650 000 Thalern.

Zwischen den drei Konfessionen wurden in zartem Techtelmechtel verschiedene Verträge, allgemeine und besondere, offizielle und geheime, abgeschlossen: sie bewilligten einander die Kreuz und quer eine Reihe erklecklicher „Provisionen“ oder Trinkgelber. Herr v. Kardorff war als Gründer und Aufsichtsrat der Baugesellschaft einmal in der pikanten Lage, mit sich selber zu kontrahieren. Diese Doppelstellung wurde vom königlichen Eisenbahnkommissariat für „unzulässig“ erklärt, worüber sich Herr v. Kardorff beschwerte; aber der Handelsminister hielt die Entscheidung „aufrecht“. Daß die Unverträglichkeit schon damals eine Haupttingend des Silberreiters war, zeigte sich am 10. Juni 1876, nur wenige Jahre nach der Gründungsära, wo der Gründer Kardorff die Regierung anklagte, sie habe das Gründungstreiben und die Ueberhehlung begünstigt!

Auch an der Bleichröderschen Gründung, die kurz vor dem Krach ins Leben trat, dem Bergwerk Hibernia und Shanrock im Volke Schanrot genannt, war Herr v. Kardorff beteiligt. Die Aktien fielen von 150 auf 25 im Jahre 1876.

In Trinkgeldern entfielen bei der Königs- und Laura-Hütte für die Aufsichtsräte 1871/72 53 000 Thaler, in den beiden folgenden Jahren aber etwa je 200 000 Thaler. Bei Hibernia und Shanrock empfing der Aufsichtsrat 1873/74 24 700 Thaler und 1874 15 000 Thaler; und selbst bei der trostlosen Reichseisenbahngesellschaft, wo die Einnahmen zum großen Teil in „Zinsen“ der eigenen Effekten und in „Kursgewinnen“ bestanden, genierte man sich nicht, für 1873 etwa 500 000 Thaler als Lantieme anzuzuerfen.

Doch Herr v. Kardorff mußte nicht der Mann mit der ehernen Stirn sein, wenn er nicht mit naiver Ungezwungenheit seine Gründerthätigkeit als eine sittliche Pflicht gerechtfertigt hätte. Als Otto Lagau in der Gartenlaube 1875 seine berühmten Aufsätze über den Gründungs-Schwindel in Deutschland veröffentlichte, fißte sich der Junker-Gründer von der traurigen Gestalt tief gekränkt und schrieb im April 1875 der Redaktion der Gartenlaube:

Es dürfte genügt bekannt sein, daß ich mich an industriellen Unternehmungen nicht beteiligt habe, um Schätze zu sammeln, sondern

lediglich, um mit zu ermöglichen, ohne Vermögensverluste meine parlamentarische Thätigkeit wahrzunehmen.

Bei der Notwendigkeit der parlamentarischen Thätigkeit des Gründers und des Vorsitzers der Silberinteressenten, des Brotmüchepolitikers und Freiheitsfeindes Kardorff für die Wohlfahrt des deutschen Volkes muß man die Waffen senken und der Schwindelperiode der Milliardenzeit, die solchen Männern solch ein Piedestal schuf, (von Gold und nicht von minderwertigem Silber), dankbar sein. Denn Kardorff ist ein ehrenwerter Mann. Er ist ein Gründer nicht um des schönen Mammons willen gewesen, sondern um als Stütze von Thron, Altar und Eigentum, als Muster seiner Sitte und guten Tones den Umsturz zu bekämpfen. Hände weg von diesem würdigen Manne. —

## Parlamentarische Nachrichten.

Die Post-Reform.

Der angekündigte Postreform-Entwurf ist nunmehr im Reichstage eingetroffen und entspricht ganz den bereits gemachten Andeutungen. Der einfache Brief soll 20, nicht mehr bloß 15 Grammen wiegen dürfen. Man folgt darin Oesterreich, das bereits seit dem 1. Januar 1883 die Gewichtsgrenze in ganz derselben Weise ausgedehnt hat. Ja, man macht doch eigentlich nur einen Rückschritt wieder gut, zu dem man sich 1861 verleben ließ. Damals galt das alte Pollot, gleich 16 $\frac{2}{3}$  Grammen, als Gewichtsgrenze. Statt nach oben, rundete man damals nach unten ab, obwohl diese Einschränkung vom Publikum von allem Anfang an als eine Erschwerung des gewohnten Briefverkehrs empfunden wurde. Da bisher jährlich etwa 25 Millionen Briefe zwischen 15 und 20 Grammen im Inlandsverkehr befördert wurden, so ist der zu erwartende Ausfall auf höchstens 2 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark für die Postkasse zu rechnen — nicht, wie man früher annahm, auf 4 bis 5 Millionen.

Die Ortstaxe (für Briefe an Einwohner innerhalb desselben Orts- oder Landes-Bestellbezirks) beträgt bekanntlich mit Ausnahme von Berlin und seinen Vororten, nur fünf Pfennig. Das soll nunmehr auf Anordnung des Reichskanzlers auch für die Nachbarorte gelten, die in ihrem Verkehr eng auf einander angewiesen sind, also insbesondere für die Großstädte und ihre Vororte. Den hierdurch entstehenden Einnahme-Ausfall schätzt man auf höchstens 1 $\frac{1}{2}$  Millionen Mark im Jahr. Steigert sich, wie anzunehmen ist, der Briefverkehr zwischen diesen in regster Geschäfts- und Personenverbindung stehenden Nachbarorten, so verringert sich die Summe natürlich wesentlich. Berlin war bisher von der 5 Pfennig-Orstaxe ausgenommen. Auch das soll aufhören, selbstverständlich nunmehr auch für den Nachbarort-Verkehr mit den Vororten. Das würde höchstens 1 $\frac{1}{4}$  Millionen Ausfall verursachen.

Die geforderte Gegenleistung wird noch heftige Kämpfe entfesseln: im eigentlichen Ortsverkehr sollen Privatpostanstalten geschlossene Briefe nicht mehr befördern dürfen. Das Postregal, der Postzwang erstreckte sich bisher nur auf „die Beförderung aller versiegelten, zugenähten oder sonst verschlossenen Briefe gegen Bezahlung von Orten mit einer Postanstalt nach anderen Orten mit einer Postanstalt“, also nicht auf die Stadt- und Ortsbriefe. Die Begründung weist auf die gleiche gesetzliche Regelung in Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Rußland, Schweden, Belgien, Dänemark, in den Niederlanden und der Schweiz hin. Das mag richtig sein, aber gerade in Berlin trägt die Reichs-Postverwaltung durch ihre Verschleppung der Tarifreform ganz allein die Schuld, daß sich seit langen Jahren das Privatpostwesen so stark entwickelt und festgewurzelt hat. Für die eigene Schuld andere bißsen zu lassen, ist zwar sehr bequem, aber wenig rücksichtsvoll. Für das Kapital, das in den Privatpostanstalten steckt, brauchen wir uns natürlich nicht zu verwenden; das findet schon gute Freunde genug in anderen Parteien. Aber es handelt sich auch um hunderte von Arbeitern, die von den Privatgesellschaften abgestoßen werden, je nachdem ihr Verkehr sich einschränkt, und die die Reichspost nicht heranziehen wird, wenn ihr Verkehr sich entsprechend erweitert. Hier können die Arbeiter mit vollem Rechte verlangen, daß ihre Interessen und Schädigungen Gehör und Berücksichtigung finden.

Im Entwurf selber ist über etwaige Entschädigungen noch mit keinem Worte die Rede. —

## Aus den Kommissionen.

Beseitigung der Ursachen der Hochwasser-schäden.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute von der mit der Vorberatung beauftragten Kommission das Gesetz über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der durch die Hochwasser des vorigen Sommers herbeigeführten Beschädigungen in zweiter Lesung angenommen. Im ganzen wurden die Beschlässe erster Lesung bestätigt. Nur wurde in § 1 lit. c auf Antrag des Abg. Graf Strachwitz gesagt: „an Gemeinden und Kreise zur Wiederherstellung und zur notwendigen Verbesserung ihrer beschädigten gemeinnützigen Anlagen“ usw. Die gepeinigten Worte sind neu eingefügt. Ferner wurde die Bestimmung bezüglich der Beiträge zu Genossenschaftsbeiträgen in folgender Form als besondere Nummer eingefügt: „d) an Bezirksverbände und Wassergenossenschaften zur Aufbringung der für das Jahr 1897/98 zu zahlenden Beiträge.“ Es wurde dabei zu Protokoll festgestellt, daß Kommission und Regierung einig darüber seien, daß diese Bestimmung sich nur beziehe auf die Beiträge für Privatdarlehen, welche die Genossenschaft aufgenommen, daß aber Darlehen des Staates oder der Provinz dabei ganz außer Betracht bleiben. Das Gesetz im ganzen wurde sodann einstimmig genehmigt. — Der Regierungs-Kommissar gab darauf eine Darlegung der Art, wie die Regierung vorgehen wolle, um die umfassende Organisationsvorlage vorzubereiten. Sie wird dabei in Betracht ziehen. Thalperron zur Abhilfe der Ueberhehlungsmas-

gefähr, Stauungen im Interesse der gewerblichen Ausnutzung der Wasserkräfte und Maßregeln sozialer Natur. Es kommen 7 Klasse in Betracht: Spree, Lausitzer Neiße, Hober, Rapsbach, Weistritz, Elager Neiße mit Hagenplog. Es handle sich darum, technische Unterlagen für die Beurteilung der Maßnahmen bezüglich ihrer technischen Durchführbarkeit und bezüglich der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit in Rücksicht der entstehenden Kosten zu beschaffen. So würden für den Hober a. S. Thalperron einen Kostenbeitrag von 14 Millionen Mark erfordern. Ueberhaupt würden 114 Thalperron in Betracht zu ziehen sein. Die Regierung hoffe im Herbst die Kosten übersehen zu können. —

## Soziale Bewegung.

Inland.

Die Maurer und Zimmerer von Ralsberge Müdersdorf haben beschlossen, in diesem Frühjahr einen Stundenlohn von 45 Pfg. zu verlangen. Auch auf die Abstellung der sonstigen Mißstände auf Bauten (Baubuden, Klosetts) will man dringen. Der Zeitpunkt, an dem die Forderungen den Meistern zu unterbreiten sind, ist noch nicht bestimmt.

Die organisierten Schanerleute von Hamburg-Altona protestieren gegen den offiziellen Bericht der Senatskommission über die Arbeitsverhältnisse im Hafen. Sie wählten eine viergliedrige Kommission zur Durchsetzung einer Neubearbeitung des Berichts, der in Beziehung auf die Ursachen des Hafenarbeiterstreiks partiell gestrichelt sei.

In Rathenow ist die Arbeitseinstellung bei der Firma C. Schmidt u. Co. durch Einigung beendet. Sämtliche Streitende werden wieder eingestellt. —

Die Schiffzimmerer, die seit 9 Jahren 80 Pfg. Stundenlohn bekommen, sind um eine Erhöhung auf 88 Pfg. vorstellig geworden. —

In Halle a. S. hat die Baugewerks-Finnung beschlossen, vom 1. Mai an den Stundenlohn für Maurer und Zimmerer auf 42 Pfg., für Sandlanger auf 82 Pfg. festzusetzen. Die Maurer dagegen beschloßen, 45 Pfg. zu fordern; die Zimmerer und Sandlanger haben noch keinen bestimmten Beschluß gefaßt. —

Die streikenden Korbmacher der Firma Gebr. Wolff in Bernburg erklären, daß sie die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen wollen, bis ihre Forderungen sämtlich bewilligt sind. Sie würden streng an dem Magdeburger Beschluß festhalten und fordern die deutschen Kollegen auf, von diesem Beschluß ebenfalls nicht abzuweichen. Eine öffentliche Versammlung der Holzarbeiter Bernburgs habe sich mit den Forderungen vollständig einverstanden erklärt. Adresse: Friedrich Nlemm in Bernburg, Prinzengarten 10. —

Ausland.

Unter den Arbeiter-Konsumvereinen und Produktions-Genossenschaften Oesterreichs ist eine Bewegung im Gange, sich von dem Allgemeinen Verbandsverband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu trennen und einen eigenen österreichischen Verband zu bilden. Ein Komitee, bestehend aus 6 Wiener Vereinen jöcher Art, macht bekannt, daß am 6. März d. J. in Wien ein Verbandstag der niederösterreichischen Konsumvereine u. über die Auflösung des bestehenden Unter-Verbandes des deutschen Allgemeinen Verbandes beschließen soll, und daß noch am selben Tage die Konstituierung des selbstständigen österreichischen Verbandes erfolgen würde. Der neue Verband soll den Namen führen: „Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Oesterreichs.“ —

Lohnbewegung in der Schweiz. In Zürich streiken die Hafner der Firma Winter u. Cie. — Nach 12jähriger Pause sind die Züricher Schlossergehilfen wieder in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben den Meistern eine Reihe von Forderungen überreicht, deren wichtigste sind: 10 stündiger Arbeitstag, 20 Prozent Lohnerhöhung, Abschaffung der Accorarbeit, Minimallohn von 50 Cent. pro Stunde, achtstündige Lohnzahlung, Versicherung sämtlicher Arbeiter gegen Unfall, Freigabe des 1. Mai, achtstündige Arbeitszeit am Sonnabend. Eine Antwort der Meister ist darauf noch nicht erfolgt. — Der Centralvorstand des schweizerischen Schneiderverbandes warnt wegen bevorstehender Lohnbewegungen vor Zuzug der Schneider nach Zürich, Winterthur, Bern, Orbe, Chur und Vispachzoll. —

Städtischer Minimallohn in Laufame. Auf Antrag des Sozialdemokraten Rapin beschloß der Laufamer Große Stadtrat mit 41 gegen 37 Stimmen die Festsetzung eines Minimallohns von 5 Frank pro Tag für die städtischen Arbeiter. —

Gewinnbeteiligung der Arbeiter bestand laut Mitteilung des Labour Department Ende Juni v. J. bei 94 englischen Firmen. Dieselben beschäftigten 74 075 Arbeiter gegenüber 29 069 Arbeitern, welche im Vorjahre am Unternehmensgewinne beteiligt waren. Die meisten Firmen, die ihre Arbeiter am Gewinne beteiligen, gehören dem Buchdrucker-Gewerbe an (12 Firmen mit 2588 Arbeitern), die größte Zahl der gewinnbeteiligten Arbeiter (23 579) entfällt auf die Maschinen- und Schiffbau-Industrie. Im Durchschnitt betrug der Gewinnanteil eines Arbeiters 4,9 Prozent seines Lohnes. Doch erhielten 12 042 Arbeiter einen Gewinnanteil in der Höhe von 10,3 Prozent ihres Lohnes. Beschaffen worden ist diese Einrichtung ungewisshaft nur, um die Arbeiter zur größeren Thätigkeit anzuspornen, also Treiber überflüssig zu machen und Unternehmensgewinn zu erhöhen. —

An die englischen Maschinenbauer sind von der Berliner Centralstelle des Verbandes der Deutschen Buchdrucker insgesamt 30 944,60 Mark Unterstützung abgeführt worden. Davon rühren 20 366,60 Mark (1000 Mk. Sterl.) aus der Centralstelle selbst her, das übrige rühren die Gatt-

vereine und Mitgliedschaften aufgebracht. Die Sammlung ist damit geschlossen. —

Die **Schuhfabrikanten von Selektor (England)** haben den Beschluß gefaßt, jeden Arbeiter zu entlassen und in keiner Fabrik wieder anzustellen, welcher bei den neuen arbeitssparenden Maschinen weniger leistet, als „sich gehört“.

Die **Angestellten der Mailänder Werbebahn-Gesellschaft** hatten am vergangenen Sonntag den Dienst eingestellt, weil sie mit der Regelung der Altersverhältnisse und der Beförderungen nicht einverstanden waren. Durch Vermittlung der Municipalität ist noch am selben Tage eine Verständigung herbeigeführt worden, so daß der Dienst am Montag wieder aufgenommen wurde. —

## Ein Kapitalistenriff.

In welcher Weise mitunter die berufenen kapitalistischen Staatsknechte die Jugend und Unerfahrenheit der Arbeiter ausbeuten, um sich in den billigen und auf Jahre hinaus ungeliebten Genuss eines Mehrwertproduzenten zu setzen, lehrt folgender Passus in dem Jahresbericht der badischen Fabrikinspektion über **Scheinlehrverträge in der Cigarrenindustrie**:

Die Arbeitgeber schließen mit jüngeren, häufig aber über 16 Jahre alten Arbeitern oder mit ihren Eltern in der Absicht, sich ihre Arbeitskraft für mehrere Jahre zu sichern, Scheinlehrverträge ab, in denen gegen das vorzeitige Verlassen der Lehre hohe Konventionalstrafen festgesetzt werden. Ein wirklicher Schaden ist aber mit dem vorzeitigen Verlassen der Lehre für den Arbeitgeber nicht verbunden, da diese „Lehrlinge“ gerade so wie die anderen Arbeiter im Accord beschäftigt sind. Ein solcher, wenigstens hauptsächlich einseitig gebundener Arbeiter wird dann von dem Werkführer oder auch von dem Herrn willkürlich behandelt, da er nicht weggehen kann. Hohe Schimpfworte und körperliche Mißhandlungen, die man gegen die übrigen Arbeiter nicht wagen würde, kommen auch gelegentlich vor. Ausgehend einem Unluf kommt dann die Sache zum Bruch. Der Arbeiter tritt dann unter Einhaltung der geordneten Kündigungsfrist aus. Da er aber als Lehrling auf Jahre hinaus gebunden ist, wird die Herausgabe des Arbeitsbuches verweigert und es wird ferner die festgesetzte oft recht hohe Konventionalstrafe gegen die Eltern eingeklagt. Sofern die Sache zur bürgermeisteramtlichen Zuständigkeit gehört, wird auch dem Klagebegehren ohne weiteres stattgegeben. In diesem Stadium oder erst dann, wenn die Kündigungsfrist verfließen ist, wendet man sich mit einer Beschwerde an uns. Am besten wäre es, es würde öffentlich vor dem Abschluß derartiger Scheinverträge gewarnt.

Die ehrsamten Ausbeuter werden natürlich bald Peter und Paul über diesen Eingriff in ihre unveräußerlichen Kapitalistenrechte schreien. Also weitere Arbeitertruppgesetze her! —

## Der Landbote.

Von H. W.-r.

**Das Gesinde und der Gewissenszwang.** Während sonst die Herrschaften nicht verpflichtet sind, dem Gesinde nach Verrichtung seiner Arbeit volle Freiheit zur Ausübung staatsbürgerlicher, verfassungsmäßiger Rechte zu geben, vielmehr das Recht haben, die Ausübung dieser Rechte zu verhindern, sind sie dagegen verpflichtet, dem Gesinde die nötige Zeit zur Abwartung des öffentlichen Gottesdienstes zu lassen und dasselbe dazu „fleißig anzuhalten“. Da nun das Gesinde laut § 76 der preussischen Gesinde-Ordnung, die Befehle der Herrschaft... mit Ehrerbietung und Gehorsam annehmen“ muß, widrigenfalls es bestraft werden kann, üben Herrschaften, welche das Gesinde zum Gottesdienste „fleißig anhalten“ einen ungeheuren Gewissenszwang aus, sobald das Gesinde mit der heutigen Kirche unzufrieden ist und nichts von ihr wissen will. Es ist dies auf dem Lande allerdings ein schönes (?) Mittel, um zu verhindern, daß der Pfarrer nicht umsonst sich seine Predigt ausarbeitet, und man braucht sich darum nicht zu wundern, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen die Kirchentüchle auf dem Lande zieren — was in den größeren Städten nur ein Wunsch der Pfarrer ist und bleiben wird. In den Städten macht jedoch die Herrschaft weniger Gebrauch vom § 84, da der Küchendienst und Stubendienst dem Gottesdienste vorgeht. Wir könnten hier Herrn Superintendent Trampelmann-Magdeburg als Zeugen anführen, denn dieser hat in Vorjahren gelegentlich einer Versammlung der Kreisynode in einer Rede darob der Bourgeoisie bittere Worte gesagt — die aber nicht fruchten werden, da der niedrige Materialismus der Bourgeoisie eine zu große Macht über dieselbe hat. Auf dem Lande können jedoch die Herrschaften eher das Gesinde in die Kirche locken, da an vielen Sonntagen die Landarbeit ruht; höchstens den Dienstmädchen und engerem Hausgesinde kann derartige nicht widerfahren. Wie? — Gewiss, Zwang in allen Ecken! Wie lange soll dieser noch auf dem Gesinde ruhen? —

## Gerechtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

In der Strafsache gegen den Harmonika-Arbeiter Otto Engelbrecht wurde am Dienstag die **Verurteilung fortgesetzt**. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte 8 Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Landsberg, führte aus, daß die Anklage damit stehe oder falle, ob man dem Zeugen Krumbach glaube oder nicht. Dieser sei aber durchaus nicht so ungewiss, wie man es von einem Zeugen verlangen müsse, auf dessen alleinige Aussage hin ein bisher unbescholtener Mensch bestraft werden solle. Krumbach habe bei seiner Anzeige am 2. September vor dem Kriminalkommissar Weimert bestimmt bekundet, er sei am 30. und 31. August belästigt, sei auch in allen anderen Terminen bei dieser Verlesung geblieben, nur habe er nie gesagt, daß ein Vorfall habe sich am 31. August, sondern abgepielt, als aber nachgewiesen sei, daß zu dieser

Zeit Engelbrecht sich im Gartenpark mit anderen Personen aufgehalten hätte, habe Krumbach sich verbessert und gesagt: „Nein, es war morgens, wie ich zur Arbeit ging!“ Ueber wieder unter Beweis gestellt sei, daß der Angeklagte an jenem Morgen bis 9 Uhr zu Bett gelegen hätte, sei derselbe nun zuletzt nach soviel Monaten mit der Angabe gekommen, es sei gar nicht am 30. und 31. August gewesen, sondern an zwei ganz andern Tagen im Anfang August. Dazu komme noch, daß Krumbach in den 6 Wochen, die er bei Schneider gearbeitet habe, nach Bekundung der Zeugen häufig betrunken gewesen sei, sogar schon morgens 7/8 Uhr, weshalb er dann auch entlassen sei. Deshalb könne es sehr wohl möglich sein, daß derselbe sich in der Person des Angeklagten irre, denn niemand habe diesen Schimpfen hören, außer eben Krumbach. Das einzige was noch gegen Engelbrecht spräche, sei, daß er einmal in einem Trupp Streikender gesehen sei, aus dem heraus jemand geschimpft habe. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung Engelbrechts, ev. stellt er unter Beweis, daß Krumbach unter den Harmonikararbeitern früher „Schwindelbach“ genannt sei. Der Gerichtshof glaubte jedoch in Verbindung mit dem Umstande, daß Engelbrecht sich viel in der Nähe der Schneiderschen Fabrik aufgehalten habe, wo oft Arbeitende beschimpft seien, dem Zeugen Krumbach und verurteilte Engelbrecht wegen im Laufe des August 1897 begangenen vorgerichtlichen Vergehens gegen § 158 der Gewerbeordnung, Bedrohung, sowie wörtlicher und tätlicher Verleumdung zu 6 Wochen Gefängnis und sprach Krumbach die Publikationsbefugnis zu. —

Gewerbegericht Magdeburg.

T. Der Lohnkellner Gr. fordert von dem Restaurateur Fischer 8 Mark Lohn für ein Festessen. Beklagter behauptet, Kläger habe auf Prozente gearbeitet, im übrigen war er auf Trinkgelder, die über 4 Mark betrogen, angewiesen. Die Prozente sind dem Kläger ausbezahlt. Da die Behauptung des Beklagten von Zeugen bestätigt wird, so wird Kläger mit seiner Forderung abgewiesen. —

Die Zimmermeister H. und R. einigten sich vor kurzem mit dem Zimmermeister Debertshäuser dahin, Beklagter verpflichtete sich, die Kläger vierzehn Tage zu beschäftigen. Für die erste Woche bezahlte der Beklagte, in der zweiten wolle er den Klägern andere Arbeit geben, die sie jedoch ablehnten. Darauf erfolgte ihre Entlassung. Kläger verlangen je 19.20 Mark Wochenlohn, zu welcher Zahlung der Beklagte auch verurteilt wird. Ebenso hat er die Arbeitsbücher der Kläger herauszugeben. —

Der Maurer H. verlangt von dem Maurermeister Hesse für drei und einen halben Tag 10.50 Mark Entschädigung, die ihm dadurch, daß er sein Arbeitszeugnis oben erwähnte Zeit zu spät erhalten habe, an Lohn entgangen seien. Beide Parteien vergleichen sich auf 7.50 Mark, die Beklagter zu zahlen hat. —

In Sachen des Monteurs M. gegen den Ingenieur Freund wird letzterer, da er trotz Strafandrohung nicht zum Termin erschienen war, zu 80 Mark Strafe verurteilt. —

Der Kellner S. einigte sich mit dem Restaurateur Soosburg außergerichtlich. —

## Verchiedenes.

**Unerhörte Mißhandlungen eines geisteskranken Patienten** in einer Irrenanstalt wurden den beiden Krankenzwägern Wilhelm Kamborra und Emil Mätsche zur Last gelegt, welche aus der Untersuchungshaft der ersten Strafkammer vom Landgericht II Berlin vorgeführt wurden. Beide waren seit mehreren Jahren in der Nervenheilanstalt des Dr. D. in Pantow als Wärter angestellt. Der Dirigent der Anstalt wurde am späten Abend des 15. November vergangenen Jahres durch einen Lärm angezogen. Er kam grade hinzu, als die beiden Wärter den Patienten Maczewski mißhandelten. Der Kranke lag in der Badewanne, Mätsche drückte denselben unter das Wasser und Kamborra schlug mit den Fäusten auf ihn ein. Der Arzt befreite den Patienten aus den Händen der augenscheinlich betrunkenen Wärter und untersuchte den Verletzten. Derselbe hatte 14 bis 15 Risse der Kopfhaut erlitten. Eine Arterie des Kopfes war durchschlagen und mußte schleunigst genäht werden, um einer Verblutung vorzubeugen. Der linke Vorderarm war gebrochen und der vierte und fünfte Finger der rechten Hand gelähmt. Zu achtzehn Striemen auf dem Rücken, die zweifellos von Stockschlägen herrührten, gesellten sich zwei Wunden im Gesicht und Hautabschürfungen am ganzen Körper. Dr. D. entließ sofort die Wärter und brachte den Vorfall zur Anzeige, worauf die Beschuldigten in Untersuchungshaft genommen wurden. Bei Mätsche blieb es zweifelhaft, ob er den Kranken in der Badewanne festgehalten, damit ihn der Kollege schlagen konnte, oder daß derselbe vom Blut gereinigt werden sollte. Mätsche wurde daher auf Grund eines non liquet freigesprochen, Kamborra dagegen wurde wegen schwerer Körperverletzung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. —

## Der Prozeß Zola.

Der große Prozeß Zola, der zwei Wochen lang die Aufmerksamkeit der ganzen civilisierten Welt erregt hatte, geht seinem Ende entgegen. Bei der Schwere der einzelnen Phasen dieses Prozesses zu verfolgen, ohne in die genauen Details eingeweiht zu sein, haben wir es unterlassen, einen ausführlichen Bericht über die Prozeßverhandlungen zu bringen, wir werden aber nach Schluß des Prozesses ein zusammenfassendes Resümee bieten, und bringen heute die Anklage- und Verteidigungsreden.

Staatsanwalt von Cassel erinnert daran, daß Zola gegen das Kriegsgericht die geradezu entsetzliche Anklage erhoben habe, eine Schuldigen auf Befehl freigesprochen zu haben. Aber jetzt handle es sich nicht mehr um schöne, tönende Phrasen, man müsse Beweise erbringen. Das habe man nicht gethan. Das konnte man nicht thun. Im

weiteren Verlauf seiner Rede spricht der Staatsanwalt von den Insulten, die man gegen die Offiziere gerichtet habe, und sagt, man hat durch eine gewalthätige Auslegung des Gesetzes hier eine Revision angestrebt, die wir durchzuführen nicht berechtigt sind. Der Staatsanwalt versichert, Esterhazy könne nicht der Urheber der Bordenau sein, erinnert an den Ursprung der gegenwärtigen Kampagne und protestiert gegen die von einem Blatte erhobene Anschuldigung, daß die Offiziere den Sturz der Republik herbeizuführen gedenken. Der Generaladvokat legt die Garantien auseinander, die das Kriegsgericht bietet, und kommt sodann auf die Frage Picquart zu sprechen. Er erinnert daran, daß General Gonse dem Obersten Picquart Vorsticht anempföhlen habe, und unterzieht die Haltung Picquarts und Verbois einer scharfen Beurteilung, weil sie sich eines verdächtigen Schriftstückes bedienen haben, um Esterhazy anzuklagen.

Die Anklage erwähnt sodann die Vorwürfe, die man gegen die in der Affaire Esterhazy verfügte teilweise Ausschließung der Öffentlichkeit erhoben hat, und sagt, wenn in den Verhandlungen vom Auslande die Rede sei, so sei es notwendig, daß die Franzosen beim Urteil unter sich bleiben. Die Ausschließung der Öffentlichkeit bringe sich auf, und es sei nur ein rhetorisches Mittel, wenn die Verteidigung gegen diese Maßregel protestierte. Die Unabhängigkeit der Richter Esterhazy beweise der Umstand, daß sie über die Frage der Ausschließung der Öffentlichkeit gestellter Ansicht waren, aber einstimmig den Freispruch fällten. Der Generaladvokat bespricht sodann das Vorgehen der Verteidigung gegenüber Esterhazy, das die reine Inquisition war. Kriegsminister Willot hat in der Kammer erklärt, er habe Vertrauen zu den Geschworenen; wir alle teilen dieses Vertrauen.

Was Zola betrifft, schließt der Staatsanwalt, so schätze ich das Talent nur, insofern es Gutes schaffen könne, nicht aber, wenn es verächtlich austritt und einen Aufruhr herbeiführen kann. Der Staatsanwalt protestiert gegen die Anschuldigung, es hätte sich ein Offizier gefunden, um anderen ihr Urteil zu diktieren, und sagt: „Nein! Die sieben Offiziere des Kriegsgerichts haben nicht auf Befehl den Freispruch gefällt, wie es die Angeklagten zu behaupten wagten. Ihr Urteil wird ihre Tugenden darthun. Wir erwarten es mit Vertrauen. Sprechen Sie das Schuldig ohne Zaudern!“

Nach der Rede des Staatsanwaltes erhält Zola das Wort. Er tritt mit einem Blatte in der Hand an die Zeugenbarre und beginnt seine Erklärung zu verlesen. Seine Worte, es habe so ausgefallen, als ob Melina den zwölf Geschworenen, die damit betraut waren, die nationale Ehre zu rächen, den Auftrag erteilt hätte, ihn zu verurteilen, ruft stürmischen Widerspruch hervor.

Der Präsident unterbricht Zola mit der Bemerkung: „Sie können nicht sagen, daß der Ministerpräsident den Auftrag erteilt habe, Sie zu verurteilen.“ (Lärm.)

Zola (fortfahrend): Das sind verabscheuungswürdige politische Anschauungen. Ich habe die Armee niemals insultiert, wie man mich nachgesagt hat, sondern ich habe einen Alarmruf ausgestoßen und überlasse der Geschichte das Urteil und die Würdigung meiner Handlungsweise. Frankreich wird von denjenigen entehrt, die zu gleicher Zeit: „Es lebe die Armee!“ und „Nieder mit den Juden!“ rufen, und die nach den Briefen die Esterhazy geschrieen, zu schreien wagen: „Es lebe Esterhazy!“ Wenn ich hier vor Ihnen stehe, so geschieht es, weil es mein Wille war. Ich habe es selbst verlangt, vor Ihnen, die Sie das Rechtsgefühl des Landes verkörpern, zu erscheinen. Zola beklagt sich darüber, daß man ihm alles verweigert oder die Zeugen terrorisiert habe. Um Ihre Willen, meine Herren, sagt Zola, habe ich diesen Alarmruf hören lassen, habe ich die Wahrheit an den Tag bringen wollen, vielleicht ohne Erfolg. Aber hier stehe ich vor Ihnen, Ihr Rechtsgefühl wird sprechen!“ Zola streift den unbehaglichen Zustand, worin sich die gesamte Gesellschaft befinde, und ruft dann aus: „Ihr Gedanke, den ich in Ihrem Gesichte zu lesen glaube, ist, daß es nun genug sei und man die Sache beendigen solle. Ich verteidige nicht meine Freiheit, meine Herren; indem Sie mich verurteilen, werden Sie mich nur größer machen. Sehen Sie mich an, meine Herren, bin ich ein Bestochener und Verräter? Ich bin ein freier Schriftsteller, der in Reich und Glibd zurückkehren und seine unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen wird. Ich protestiere mit Entrüstung gegen die Anschuldigung, daß ich ein Italiener bin, und rufe: Nein! Ich verteidige mich nicht, es ist nicht der Verlust meiner Freiheit, der mich beunruhigt. Beurteilen Sie mich also, wenn Sie wollen; daß wird ein Fehler mehr sein, das wird ein Korn sein, das aufgehen und verhindern wird, daß Verurteilung eintritt. Wenn das Land in Not ist, so ist die öffentliche Gewalt daran schuld, die in der Hoffnung, einige Schuldige zu retten, verhindern wollte, daß die Wahrheit ans Tageslicht gelange. Sogar das Leben dieses Volkes befindet sich in Gefahr. An Ihnen, meine Herren Geschworenen, ist es, die Wahrheit über diese Affaire zu sagen und Recht zu sprechen.“ Zola weist darauf hin, daß die Herzen aller Völker von dem schmerzhaften Leiden ergriffen wurden, das der Zweifel an der Schuld Dreyfus' erzeugt hat. Die Regierung, sagt er, der nichts unbekannt ist, die, so wie wir, von der Unschuld Dreyfus' überzeugt ist, wird dies eines Tages zu wissen geben und bekannt machen, ohne irgend welche Gefahr zu laufen. Zola ruft aus: Ich schwöre vor der ganzen Welt, daß Dreyfus unschuldig ist. Zola stößt diese Worte nacheinander drei Mal aus, während im Hintergrunde des Saales Murmeln und Plischen laut werden. Es wird ein Tag kommen, sagt Zola, wo mir Frankreich danken wird, seine Ehre gerechert zu haben.

Nunmehr ergreift Verteidiger Labori zu seinem Platboyer das Wort und beginnt mit bewegter Stimme: Wir sind hier der Gerechtigkeit und des Rechtes halber. Labori wirft den durch vorübergehende Interessen irreführten öffentlichen Gewalten vor, daß sie sich erst nach den Wahlen mit der Affaire Dreyfus beschäftigen wollen, obwohl nur wenige Senatoren und Deputierte an der Unschuld Dreyfus

zweifeln. Die Wahrheit wird, sagt er, auch ohne deren Hilfe ans Licht kommen. Die Wahlen werden sich nicht unter dem Schleier von Geheimnissen und Zweideutigkeiten vollziehen. Labori dankt allen jenen der geistigen Elite Frankreichs, die den Mut hatten, Licht und Wahrheit zu wollen, und führt aus: Als sich Zweifel an der Schuld Dreyfus erhoben, veröffentlichte das Journal *Clair*, um sie zu zerstreuen, einen lägenhaften Artikel, der vom Generalstab inspiriert zu sein schien. Dieser wollte damit einen Keulenschlag durchführen, sowie er auch hierher kam, um durch leere und hohle Behauptungen, zu deren Unterstützung er nicht den geringsten Beweis erbrachte, mehrere solche „Schläge“ gegen die Wahrheit auszuheften. Labori: Einige Tage nach dem Erscheinen des Artikels im *Clair* erzählte der Advokat Gallès dem Advokaten Demange, er habe durch einen Offizier, der Mitglied des Kriegesgerichts im Prozeß Dreyfus war, erfahren, daß dem Kriegesgericht ein geheimes Urtheil mitgeteilt wurde. Labori wendet sich gegen diesen dem Rechte widersprechenden Vorgang und sagt: Zweck des Syndikats ist, im Interesse der gesamten Menschlichkeit zur Gerechtigkeit und Wahrheit zu gelangen. Dieses ehrenhafte und unegoistische Syndikat setzt die größte Hoffnung auf Ihren Scharfsinn. Labori wirt sodann dem Ministerpräsidenten vor, daß er es nicht zulassen wolle, daß Generale von Geschworenen abgeurteilt werden, und fragt, ob denn die Generale über dem loyalen Gewissen des Landes stehen. Man spricht, sagt er, von dem Vertrauen in die Armee. Wir haben alle Vertrauen in sie. Es heißt durchaus nicht, die Armee beleidigen, wenn man einen Marmor ausstößt, und das ist es, was Jola gethan hat. Er hat scharf gesprochen, aber er hat nicht beleidigt. Labori erklärt, er wolle nun den Beweis für den guten Glauben Jolas erbringen und alle Umstände dieser Angelegenheit in chronologischer Ordnung erörtern. Zunächst beginnt er mit der Verhaftung des Dreyfus im Oktober 1894 und konstatiert dabei, daß die Verhaftung zwei Blättern, der *Vibre Parole* und dem *Clair* bekannt war.

Major du Paty de Clam hatte der Frau Dreyfus unter Androhung schwerer Strafen für ihren Gatten unterzogen, von der Verhaftung zu sprechen. Die Mitteilung an die *Vibre Parole* wurde demnach nicht von Frau Dreyfus gemacht, sondern von den Bureau des Kriegsministeriums. *Vibre Parole* und *Clair* brachten lägenhafte Artikel in Betreff der Schuld des Dreyfus. Labori spricht sodann von den Verhörten, in welchen du Paty de Clam den Dreyfus einzuschüchtern suchte, und von den Eindrücken Forzinetts, des Gefängnis-Kommandanten, nach dessen Anschauungen Dreyfus unschuldig war. Nach dieser geheimen Untersuchung, dieser romanhaften Untersuchung, verhängte man Ausschluß der Öffentlichkeit trotz des Einspruches der Presse. Um diese Geheimthüre zu rechtfertigen, dazu gehörte absolute Achtung vor dem Geheime; man beobachtete sie nicht. Das ist es, was zu den unablässigen Einspruchserklärungen des Dreyfus hinkommt, was Verwirrung brachte in so viele aufgeregte Köpfe. Die Stärke unserer Gegner, soweit sie guten Glaubens sind, ist ihr Glaube, daß sich Alles nach den Regeln der Gesetzmäßigkeit abgespielt habe. Die Sache ist jedoch nicht so vor sich gegangen.

Der Kriegsminister besah bereits acht Monate vor der Verhaftung des Dreyfus eine Photographie des Schriftstücker „cette canaille de D.“, welches bewies, daß ein französischer Offizier zu zwei fremdländischen Militärattachés Beziehungen hatte. Dieses Schriftstück bezieht sich nicht auf Dreyfus. Labori weist auf die Wichtigkeit dieses Schriftstückes hin, denn darauf stützte man sich so lange Zeit, um eine Schuld des Dreyfus zu konstruieren. Es ist dies das Schriftstück, welches das „Befreiende Dokument“ genannt wurde, und welches eine verschleierte Dame Esterhazy stellte, der es seinerseits gegen Empfangsbescheinigung dem Kriegsministerium übergab.

Labori spricht sodann von General Mercier und sagt: Er ist vielleicht ein braver Soldat, aber er war großen Sachen nicht gewachsen. Denn was soll man denken von der Diktatprobe, der Dreyfus unterworfen wurde? Diese beweist die Hüftlosigkeit des Verfahrens. Denn wenn man einen Beweis von der Schuld gehabt hätte, würde man nicht seine Zuflucht genommen haben zu einer solchen Komodie, wie die mit dem Vorbureau es war. Die Richter waren beim Beginn der Verhandlung im Begriff, den Angeklagten freizusprechen; sie hätten es gethan, wenn man nicht gegen alles Recht ihrem Urteil eine falsche Richtung gegeben hätte durch Mitteilung eines Schriftstückes, welches nicht in die Verhandlungen gehörte, über das auch nicht verhandelt worden war.

Labori verliest sodann das Protokoll des Dreyfus-Kriegesgerichts und sagt: Ich habe das Urtheil über diese Angelegenheit in Händen. Ich bezeuge es, daß darin nichts gegen Dreyfus enthalten ist. Ich verpflichte mich mit meiner Ehre dafür, meine Herren! Ich sage es Ihnen, es ist nichts Belastendes darin gegen denjenigen, welcher verurteilt wurde. Labori spricht sodann von den angeblichen Geständnissen Dreyfus' gegenüber dem Kapitän Lebrun-Ménault nach der Verurteilung und behauptet, daß, wenn ein Protokoll über diese Geständnisse existiere, es erst nachträglich angefertigt worden sei. Man hätte dies durch Zeugen darthun können, wenn Lebrun-Ménault als Zeuge vorgekommen wäre. Labori erinnert an die Erklärung des Ministerpräsidenten Méline bei Gelegenheit der Interpellation Cavaignac; Méline habe damals gesagt, die Frage der Existenz des Berichtes erörtern heiße der Revision die Thür öffnen. Labori sagt hinzu, wenn man das Protokoll nicht vorgezeigt habe, so sei es deshalb geschehen, weil die Geständnisse des Dreyfus weder möglich, noch wahrscheinlich waren.

Labori giebt eine packende Schilderung der tragischen Vorgänge bei Gelegenheit der Degradation Dreyfus', erinnert daran, daß inmitten der von der unbarmherzigen Menge ausgestoßenen Rufe „Lob!“ der Verurtheilte nicht aufhörte, zu rufen: „O. lebe Frankreich!“ und den Säulern

seiner Frau und seiner Kinder seine Unschuld zu beteuern. Dreyfus habe als einzige Gunst erbeten, daß das Ministerium seine Nachforschungen fortsetze. Labori verliest eine Reihe von Briefen des Dreyfus an seinen Anwalt und seine Familie, in denen er fortwährend verlangt, daß man den wirklich Schuldigen suche und erklärt, wenn Méline den Bericht des Hauptmanns Lebrun-Ménault nicht vorgezeigt habe, so sei dies unterblieben, weil die heftigen Unschuldsbetuerungen ihn beunruhigten und für einen Augenblick sein juristisches Gewissen über die Staatsraison stellten, die er sich gebildet habe.

Labori fährt fort: Um Geständnisse zu erlangen, ging man bis zum Betrug. Hat nicht du Paty de Clam zu Dreyfus gesagt: „Der Minister wird Sie empfangen, wenn Sie Geständnisse machen wollen?“ Labori erinnert an das Verhör von Dreyfus seitens du Paty de Clam; auf eine Anfrage du Patys habe Dreyfus zugestanden, daß in Einzelheiten eine Ähnlichkeit bestehe zwischen seinen Schriftzügen und denen des Dokuments, aber daß sich beide im ganzen doch nicht gleichen; dann habe Dreyfus versichert, das Dokument niemals geschrieben zu haben und unschuldig zu sein. Labori fährt alsdann weiter aus, man habe ein Lügengebäude errichtet. Kleine Leute haben dabei aus Heuchelei ihre Hilfe gewährt, aber auch große, und diese seien die Schuldigsten. „Mögen sie es wohl wissen, mögen sie meine Worte vernehmen und sich erinnern, daß der verächtlichste Name in der Geschichte der des Pontius Pilatus ist. Daran mag man sich erinnern.“ Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

### Kleine Chronik.

Februar-Fasen. Bei Bergedorf fand ein Spaziergänger einen etwa 8 Tage alten Fasen. — Die stämmigen Steuerzahler in Stettin erhielten bereits am 15. d. M. Mahngeld. Die dortige Steuerbehörde hatne herausgerechnet, daß die „erste Hälfte“ des Februar, da dieser nur 28 Tage hat, am 14. zu Ende geht. — Die dänische „Stern-Anstalt“ in Kopenhagen hat eine neue Linie zwischen Stettin und New York eingerichtet. Die Dampfer werden in Hjulshörnummen von 14 Tagen fahren. — In Steele ließ am Sonntag die Frau eines Bergmanns ihre siebenjährige Tochter durch ein Fenster in den Keller hinab, um Kohlen herauszugeben, da der Vater den Schlüssel mitgenommen hatte. Sie sollte dann warten, bis die Thür wieder geöffnet werden konnte, war aber, als man nach einigen Stunden kam, bereits erstickt. — In Bremen ist ein Schuhmacher verhaftet worden, weil er in den letzten Jahren seine eigenen drei Kinder bald nach der Geburt erstickt hat. — Zwischen den Eisenbahn-Stationen Waschab und Ostta in Rußland wurde der Telegraphendraht in einer Ausdehnung von 108 Meilen (1 Meile = 1000,79 Meter) gestohlen. Der Draht wog über 16 000 Kilogramm. — Der zweite Prozeß gegen den Gattenmörder Müller in Chi tago, einen Deutschen, endete am 10. Februar mit der Verurteilung des Angeklagten zu lebenslänglichem Zuchthaus. Müller wurde beschuldigt, seine Gattin ermordet, die Leiche zerstückelt und die Teile in einem großen Wurfkessel auf chemischem Wege beseitigt zu haben.

### Gesetzeskunde.

**Androhung des § 2 des Vereinsgesetzes.**  
 Bezüglich der Auslegung des § 2 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 fällt die 8. Strafkammer des Landgerichts I Berlin kürzlich eine nicht uninteressante Entscheidung. Wegen Uebertretung des genannten Paragraphen hatte der Eigarrenarbeiter Genosse Dechant ein polizeiliches Strafmandat von 10 Mark erhalten, welches sowohl vom Schöffengericht als auch von der 8. Strafkammer des Landgerichts I bestätigt wurde. Auf eingeleitete Revision hob das Kammergericht das Urteil jedoch auf und verwies die Angelegenheit an die 8. Strafkammer zurück. Von dieser wurde jetzt folgendes festgestellt: Der Angeklagte, welcher der 1. Bevollmächtigte des hiesigen Lokalvereins des Unterstützungsvereins deutscher Tabakarbeiter, welcher seinen Sitz in Bremen hat, ist, wurde am 21. Januar v. J. vom Polizeipräsidium aufgefordert, auf Grund des § 2 des Vereinsgesetzes die Statuten und das Mitgliederverzeichnis einzureichen. Als der Angeklagte dieser Aufforderung nicht nachkam, erhielt er am 22. Februar v. J. ein zweites Schreiben, in welchem auch darauf hingewiesen wurde, daß er fernerhin jede Statuten- resp. Mitgliederveränderung binnen 8 Tagen anzeigen müsse. Auch jetzt verhielt D. sich ablehnend. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Freudenthal, wies darauf hin, daß der Angeklagte erst seit 1889 dem Vorstand angehöre, während der Verein bereits 1883 gegründet wurde, daß er also gar nicht in der Lage gewesen sei, binnen 8 Tagen nach Gründung des Vereins Statuten und Mitgliederverzeichnis einzureichen; es müsse deshalb Freisprechung eventuell wegen Verjährung Einstellung des Verfahrens erfolgen. Ferner beantragte der Verteidiger, die gesamten Kosten sämtlicher Instanzen der Staatskasse aufzuerlegen. Staatsanwalt Kleine war dagegen der Meinung, daß trotz der Ansicht des Kammergerichts eine Verurteilung erfolgen müsse. Der Gerichtshof erkannte auf Verwerfung der Berufung. Landgerichtsdirektor Weinmann als Vorsitzender führte aus: Der § 2 habe zwei Abteilungen; die erste verpflichte die Vorsteher, die Statuten usw. binnen drei Tagen nach Gründung des Vereins einzureichen, die zweite bestimme, daß jede Statuten- resp. Mitgliederveränderung binnen 7 Tagen der Ortspolizeibehörde angezeigt und jede geforderte, darauf bezügliche Auskunft erteilt werde. Der Angeklagte sei in der in Frage stehenden Zeit erster Bevollmächtigter und als solcher verpflichtet gewesen, dieser Vorchrift nachzukommen; er habe aber trotzdem der Aufforderung des Polizeipräsidiums nicht entsprochen. Von einer Verjährung könne nicht die Rede sein.

### Technisches.

**Flüssiges Brennmaterial** bietet namentlich für Schiffe wichtige Vorteile, da es mit leichter Mühe ohne Menschenkraft durch seine eigene Schwere mittels Röhrenleitungen verladen werden kann, auch automatische Beschickung der Feuerungen gestattet, so daß an Bedienungsanstalten bedeutende Ersparnisse erzielt werden. Aus diesem Grunde werden, wie das Patentbureau von J. u. S. Pataty in Berlin berichtet, namentlich in England fortgesetzte Versuche an Dampf-Petroleum als Feuerungs mittel an-

gestellt, und es sollen diese Versuche in letzter Zeit voll Erfolg gekrönt worden sein. Dies ist um so wünschenswerter, als das Petroleum ein sehr billiges Brennmaterial darstellt, da eine Tonne Del zweimal so großen Heizwert besitzt, als eine Tonne Kohlen, und somit die Menge des mitgeführten Brennstoffes verdoppelt werden kann, ohne das Gewicht des Schiffes zu erhöhen. Hoffentlich werden die deutschen Rheder und vor allem unsere Marine die wichtigsten Vorteile, die diese Neuerung gewährt, sich ebenfalls zu nütze machen.

### Statistisches.

Die Betriebsergebnisse der preussischen Staatseisenbahnen betragen im Monat Januar zusammen 79 488 000 Mark (gegen das Vorjahr + 4 261 000 Mark), auf 1 Kilometer 2718 (+ 101) Mark, aus dem Personen- und Gepäckverkehr 20 088 000 (+ 2 580 000) Mark, aus dem Güterverkehr 59 350 000 (+ 1 681 000) Mark; vom Beginn des Betriebesjahres an 929 758 000 (+ 46 469 000) Mark, auf 1 Kilometer 31 997 (+ 1028) Mark, und zwar aus dem Personen- und Gepäckverkehr 277 600 000 (+ 15 289 000) Mark, aus dem Güterverkehr 652 158 000 (+ 31 180 000) Mark.

### Wasserstände.

	1901.	1900.	1899.	1898.
Lübeck . . . . .	22. Febr. + 1.28	23. Febr. + 1.10	0.16	—
Dresden . . . . .	+ 0.05	+ 0.14	0.19	—
Torgau . . . . .	+ 2.60	+ 2.30	0.30	—
Wittenberg . . . . .	+ 3.45	+ 3.22	0.23	—
Hoflau . . . . .	+ 3.24	+ 3.04	0.20	—
Saary . . . . .	+ 3.74	+ 3.64	0.10	—
Schneeburg . . . . .	+ 3.40	+ 3.37	0.03	—
Magdeburg . . . . .	+ 3.21	+ 2.95	0.26	—
Tangermünde . . . . .	+ 3.70	+ 3.34	—	0.14
Wittenberge . . . . .	+ 3.13	+ 3.28	—	0.13
Dömitz, Pegel . . . . .	+ 2.38	+ 2.52	—	0.14
Lauenburg . . . . .	+ 2.44	+ 2.53	—	0.09

### Unterhaltungsteil.

#### Tod für Tod.

Roman von Arthur Sapp.

Voll geheimen Erregung, zum äußersten entschlossen, begab sich Shellsabow auf seinen gewohnten Spaziergang. Wird es gelingen, werden die Freunde auch sämtlich pünktlich zur Stelle sein? fragte er sich in stiller Spannung. Seine Blicke schweiften bald zu dem Soldaten, der in gewohnter Weise sich in fünf Schritten Entfernung von seinem Gefangenen hält, bald nach der Mauer, hinter der das verabredete Zeichen erheben soll.

Eine Viertelstunde verstrich, eine halbe, eine ganze Stunde. Ein Fieber der Erwartung glüht in den Adern des Gefangenen; seine Aufregung ist so groß, daß ihn selbst und ihm die Zähne aufeinander schlagen. Er muß alle seine Selbstbeherrschung aufbieten, um sich nicht einen Fluch der Umgebend entzuschließen oder sich sonst ein Zeichen der in ihm arbeitenden Erregung anmerken zu lassen. Sein Auge richtet sich immer wieder nach der Mauer. Wie ein Schiffbrüchiger nach einem rettenden Segel schaut er nach dem kleinen roten Ballon aus, der ihm die nahende Freiheit ankünden soll. Doch nichts, nichts! Der Spaziergang nahte sich seinem Ende und noch immer ist das heißersehnte Zeichen nicht zu entdecken.

Ganz vernichtet, völlig gebrochen, muß der Gefangene endlich in seine Zelle zurückzukehren. Seine erlöste Phantasie spielt ihm tausend Möglichkeiten vor und mit der Nieder geschlagenheit des durch eine längere Einzelhaft darnieder gebrochenen Gefangenen laufen alle seine Vermutungen auf ein völliges Fiasko hinaus. Gewiß war man dem Komplott auf die Spur gekommen und seine Flucht war ein für allemal unmöglich gemacht, denn nun würde man ihn viel härter bewachen als früher. Ober hatte die verhasste dritte Abteilung auch die Freunde aufgehoben und an einen sicheren Ort gebracht? Shellsabow befand sich in einem Zustand, der nahe an Verzweiflung grenzte.

Aus seiner dumpfen Betäubung riß ihn am andern Tage eine Nachricht, die ihm seine Freunde zusandten. Keine der Befürchtungen, denen sich Shellsabow mutlos hingeegeben hatte, entsprach der Wirklichkeit. Nur ein ganz geringfügiger nebensächlicher Umstand hatte die Ausführung des Rettungsversuches noch hinausgeschoben, nicht aufgehoben. Ein eigenartlicher Zufall hatte es gefügt, daß in keinem der Spielwarenmagazine die man den ganzen Morgen über durchstreift hatte, ein roter Ballon aufzutreiben gewesen war. Blau, gelbe, weiße hatte es in Fülle gegeben, jedoch keinen einzigen roten. Eines Ballons von anderer Farbe aber habe man sich, um den Gefangenen nicht zu verwirren und in Unsicherheit zu versetzen, nicht bedienen wollen. Schließlich hatte man eine rote Gummibalse gelauft, die man selbst mit Gas gefüllt hatte. Aber dieser Ballon funktionierte im entscheidenden Moment so schlecht, daß es dem betreffenden Freunde nicht möglich gewesen war, ihn bis zur Höhe der Mauer emporsteigen zu lassen.

Wieder verstrichen einige Tage des Wartens. Neue Verabredungen mußten getroffen werden. Es hatten sich, abgesehen von dem erwähnten Umstand, noch andere Mißstände ergeben, die mit dem Aufsteigenlassen eines Ballons verknüpft waren, und so entschloß man sich zu einem anderen Verfahren. In einem dem Hospital gegenüberliegenden Hause wurde im dritten Stock ein Zimmer gemietet, von dessen Fenster aus nicht nur die vier auf der Straße postierten Wachen besser im Auge behalten werden konnten, sondern von dem auch der Ausblick in den Spitalhof ermöglicht war. Von diesem Fenster aus sollte nun der fünfte Kupferballon Zeichen zu der Flucht geben und zwar mittelst einer Bioline, auf der der Freund zu spielen hätte, solange die von den andern vier zu erhaltenden Signale günstig waren. Würde aber ein überdauer Zwischenfall eintreten, so hatte der Bioline sofort im Spiel abzubrechen, um, sobald wieder Gelegenheit günstig war, von neuem zu beginnen. Derdars

war der große Vorteil geschaffen, daß Sheljabow mit einem einzigen Moment angewiesen war, sondern daß er sich selbst innerhalb einer Frist von zwei Stunden den für ihn günstigsten Augenblick zur Flucht wählen konnte.

Wieder wird ein Tag bestimmt, Sheljabow trifft diesmal seine Vorkehrungen noch umsichtiger. Er trennt die Wäsche seines Schlafrockes an einigen Stellen auf, um ihn im entscheidenden Moment um so schneller von sich werfen zu können. Die Stunde des Spazierganges ist gekommen. Hochkopfsendend begibt sich Sheljabow in den Hof hinter.

Kaum hat er den Hof betreten, als auch schon das Wohlspiel beginnt. Aber Sheljabow zögert noch, einerseits um die erste Aufregung zu überwinden, andererseits weil er die Beobachtung gemacht hat, daß ihn seine Schilbwahe gerade während der ersten Minuten eines jeden Spazierganges schärfer im Auge hat, als später.

Neun Minuten ungefähr sind verstrichen, das Geigenpiel läßt noch immer loedend herüber. Sheljabow rafft alle seine Entschlossenheit zusammen. Der Augenblick ist da. Es glüht!

Da plötzlich bricht die Musik ab. Der Gefangene erschrickt und bereut. Warum hat er nicht gleich die erste Gelegenheit wahrgenommen?

Ein paar martervolle Minuten dauern Wartens vorstreichen. Ein paar Holzwagen fahren in den Hof hinein. Das also ist die Störung gewesen. Weiter nichts.

Sheljabow atmet auf. Die Violine ertönt von neuem. Der Gefangene beißt die Zähne aufeinander und wirft einen forschenden Blick um sich. Schon erfaßt er mit beiden Händen den Schlafrock. Eins!

Da wieder schweigt die Violine plötzlich. Zum Fenster hinaus blickt Sheljabow in sich hinein und der Schweiß tritt ihm vor Kummer und Aufregung auf die Stirn. Soll er wieder einen Tag verlieren? Der Schall tastmäßiger Schritte schallt von der Straße herein. Eine Militärpatrouille ist, die vorbeimarschirt.

Und jetzt beginnt das Geigenpiel noch einmal. Jetzt oder nie, denkt Sheljabow. Wer weiß, ob ihn nicht morgen der Befehl seiner Peiniger wieder in die Peter-Pauls-Festung zurückführt.

Sheljabow macht sich fertig. Er wartet nur noch, bis die Schilbwahe am äußersten Punkt der Linie, die sie auf- und abschreitet, angekommen ist. Der Soldat hält wie immer seine fünf Schritte Abstand von dem Gefangenen. Sheljabows Blick fällt unwillkürlich auf das Gewehr seines Wächters. Daß es geladen ist, weiß er. Ob der Soldat schießen wird? Schwerlich, sagt sich Sheljabow. Bei der kurzen Entfernung ist es natürlicher, daß der Mann den Fliedenden zu packen versucht oder ihn im Notfall mit dem Bajonet niederstecht.

Ein leiser Schauer durchrührt den Gefangenen. Aber schon im nächsten Moment ist er ganz Ruhe, Thakraft und Entschlossenheit. Lieber sterben, als noch länger in der Gefangenschaft schmachten. Seine lebhaft, feurige, tharenlustige Natur ist nicht gemacht, hinter Kerkermauern langsam und thalos dahinzustreichen.

Jetzt ist der Moment gekommen.

Eins! Zwei! Drei!  
In der kurzen Pause einer Sekunde ist der Schlafrock herunter, sind die Pantoffeln von den Füßen geschleudert. Und nun wie der Blitz davon.

Der Soldat steht einen Augenblick wie vom Schrecken gelähmt. Jetzt aber stürzt er sich mit wildem Gebrüll dem Flüchtling nach. Auch die Holzhaue, die am oberen Ende des Hofes Holz absauen, stürmen unter Rufen und Schreien hinterher. Der Soldat führt einen kräftigen Stoß mit dem Bajonet. Nur um eine Haubtreit von dem Fliedenden fährt die Bajonettspitze in den Sand.

Jetzt ist Sheljabow draußen jenseits des Thores. Eine elegante Equipage mit umgebudigt scharrenden Pferden hält unmittelbar vor ihm; vor dem offenen Schlag steht ein Mann in Offizierskleidung. Der packt den Schnauzenden, schießt ihn in den Wagen, springt hinterher und schlägt den Schlag zu. In demselben Augenblick ziehen die Pferde an und wie der Wind geht es davon.

Der wachhabende Offizier stürzt mit der ganzen Wacht-

monischkeit an die Straße. Der Offizier hat vollständig den Kopf verloren.

Jaimeub, die Hände ringsum, steht er da und schreit in einem fort: „Ich bin verloren! Ich bin verloren!“

Bevor er sich aufrafft, einen Befehl zu erteilen, A der Wagen längt im schärfften Trab um die Straßenecke gebogen.

Andrej Sheljabow ist seinen Hüften glücklich entronnen.

### Mesalliance.

Pariser Illustriertes von W. Friedländer.  
(Schluß.)

Im Nebensaal entsteht ein Geschrei, man hört eine kreischende Stimme, die um Hilfe ruft. Ein baumstängel Kerl hat mit starkem Arm eine Frau gefaßt und versucht sie aus dem Saal zu zerren, man sucht die Streitenden zu trennen, der Mann läßt das Weib, das er als seine Frau reklamiert, nicht mehr los, Polizei legt sich ins Mittel, und erst nach langer Zeit, nachdem die Beteiligten den Saal verlassen, unterbricht ein rauschender Walzer, dessen zu Grunde verlegten Text, einen bekannten Gastenbauer, die Menge mit- singt, die peinliche Stille und von neuem fliegen die Paare durch den Saal.

Die Notblonde war verschwunden. Abschalt hatte sie der wüsten Scene brinnen als Zuschauerin beigewohnt, sie sah nicht mehr die Paare im wilden Tanz, das Zimmer selbst, die Ampeln begannen einen teuflischen Reigen mit ihr; wie von Furien gepfeiff, jagte sie hinaus in die Nacht! — Ein eisiger Wind segte draußen und versuchte seine Kraft an den spärlich brennenden Laternen. Hier und da huschte ein verspäteter Nachtwandler durch die öden Straßen, mit hoch hinaufgeknöpften Rockreagen eilig seine Klause aufsuchend. Weibliche Gestalten, Begleitung suchend oder solche anbietend, flanirteten vereinzelt durch die Nacht dem kalten Nordost zum Trost, der den fahlen Gesichtern eine vorübergehende frische Rote verlieh.

Es piff und fauchte der Maste um den Kopf und peitschte das schöne Haar, das in wilden Strähnen um das Haupt flog.  
Nur vorwärts, weg, weit weg von den Menschengestirtern! Hinans aus der Stadt!

In engen, winkligen Gassen, die bis an die Ufer der Seine führten, hatten die Fischer ihre armseligen Hütten aufgeschlagen. Hier machte sie Halt. Im tollen Fieberwahn jagte Schatten auf Schatten an ihr vorüber, Schatten verlorenen Glückes. Die Opfer, die ihre armen Eltern ihrer Erziehung gebracht, als sie hier in den engen Gassen gewohnt, sie erschienen ihr gering im Vergleich zu dem Opfer, das sie sich und ihren Eltern gebracht, als sie sich durch ihre Heirat um ihr Lebensglück betrogen hatte. Am kleinen Vorstadtheater begann sie ihre Karriere, im Auge durchreiste sie die Stadien ihrer Künstlerlaufbahn, den herausragenden Erfolg in vollen Jügen einschließend. Vor ihr taucht das Bild der Violetta auf, mit der sie die Menge begeistern.

Violetta!  
War sie es nicht selbst? Erlebte sie die Rolle nicht, die sie so oft gespielt? Violetta war auch das Stichwort gewesen, das sie an der Seite des alten Grafen zum Altar geführt. Als seine Violetta hatte er glühende Briefe geschrieben, die sonst unnahbare Violetta hatte ihm Schörs geschenkt, der Graf hatte ihr sein Geld und sein Herz zu Füßen gelegt, um dann — neben ihr, nicht mit ihr der gefeierten Schönheit zu leben. Er überschüttete sie mit allem, was ihm Rang, Stand und ein großes Vermögen zu Gebote stellen konnten, aber eines konnte er ihr nicht geben. Er füllte ihr Herz nicht aus. Fieberhaft heiß schlug das Herz im Busen der Künstlerin, sie sehnte sich wie Nora nach dem Wunderbaren, nach Liebe, die ihr der alternde Gemahl mit all seinen Schätzen nicht zu geben vermochte. Er begnügte sich mit dem selbstzufriedenen Glücks sie gewonnen zu haben, beneidet von seinen Standesgenossen.

Da lernte sie ihn kennen, den stolzen Kavaliere, der sich vor kurzem das Portepée erworben und es ihr schon lange mit seinen verschönernden Blicken angethan hatte. Sie besah Charakter, der sich im Sturm der Welt gefährt hatte, ihr waren auch Anschauungen nicht erspart geblieben, sie hatte so

oft siegreich widerstanden. Aber sie war nur ein Weib und ou est la femme ist in Frankreich ein geflügeltes Wort das Ehen gebrochen, Verbrecher gekempelt hat. Ein stärkeres Herz wäre auch unterlegen. Er ahnte es, als sie zum ersten Mal in sein verschönerndes Augenpaar erblickt. Ein kurzer Schritt vom Wege, und keine Macht der Erde gab ihr mehr das Gefühl zurück, ihrem Gemahl leisch und rein die Hand zum Morgenkuss zu bieten —

Nun vollends der heutige Abend, die Nacht!  
Welchem Dämon war sie gefolgt, als sie dem schrankenlosen Leichnam des Verführers die Hand geboten — was hatten die wenigen Stunden aus ihr gemacht!?

Wie irre kroch sie ihr schönes Haar zu einem Knoten um den Hals, trotzdem der Sturm ein neckisches Spiel mit ihr treibend, es ihr immer von neuem aus den Fingern wand. Hell brach der Mond durch die Wolken und — heisse Grille, tolle Grille äst du mich? Kommt tanze mit mir, keine Gesellschaft, keine Musik, wir beide allein genügen uns! Im wahnfinnigen Taumel springt sie ihrem Schatten nach, dieser schneller wie sie, eilt ihr voranz und verliert sich im Bett des Gewässers. Ein Singen und Klängen um sie herum, dazwischen das Schreien des Weibes von vorn, die bläutete Stimme des Mannes und als Schlussakkoord die rauschende Musik — Herr Gott im Himmel ertrekte mich! — Hoch auf sprudelten die Wogen, ein gurgelndes glücksbeses Geräusch, dann wieder Totenstille wie vorher. —

Man schrieb den 14. Februar.

Am 16. desselben Monats erfuhr man aus dem Figaro, daß die Gräfin L. bei einer Vergnügungsfahrt auf der Seine verunglückt war.

14 Tage später fiel Graf L. bei einem Duell, das zu den strengsten Bedingungen ohne Binden und Bandagen bis zur Abfuhr ausgefochten wurde. Sein Gegner war ein junger Kavaliere, der sich vor kurzem das Portepée erworben. —

### Theater, Kunst und Wissenschaft.

#### Eine nachweislich echt englische Tragödie.

Ein Theater-Unternehmer hat jüngst in der russischen Stadt Kremensko folgende Ankündigung losgelassen: „Heute wird die nachweislich echt englische Tragödie „Hamlet“, ein Werk W. Shakespeares, des Lieblings des Publikums von Kremensko, aufgeführt werden. Anmerkung: Dieses neue Stück hat in Charkow einen hübschen Erfolg gehabt!“ Wer lacht da? —

**Liezenmayer.** Am 19. Februar starb in München der Historienmaler und Professor an der Akademie der bildenden Künste Alexander von Liezenmayer. 1830 in Raab (Ungarn) geboren, studierte er zunächst in Wien und dann in München unter Bilow. Unter der Leitung des letzteren widmete er sich erst der Historienmalerei, malte später aber auch Porträts und wurde namentlich in weiteren Kreisen bekannt als Illustrator von Goethes Faust, Schillers Glocke und Schöffels Eckhard. 1880 wurde er Direktor der Kunstschule in Stuttgart, kehrte aber schon 1883 nach München zurück, wo er als Professor der Historienmalerei an der Akademie wirkte.

### Vermischte Nachrichten.

**Die Untersuchung der deutschen Sprache** in Bezug auf die Häufigkeit der Wörter, Silben und Laute ist nun beendet. Nach der Zerlegung der mehrfachen und zusammengesetzten Buchstabenformen in den einzelnen Bestandteilen enthalten die gezählten 20 Millionen Silben 60 558 018 Buchstaben, auf jede Silbe der deutschen Sprache kommen also 3,03 Buchstaben, auf jedes Wort entfallen 1,83 Silben. Die häufigsten Laute sind: bei den Vokalen: e 9 260 044, i 3 378 881, a 2 659 781. 2. Bei den Konsonanten: n 6 363 537, r 4 939 886, f 3 880 815, t 3 407 553, b 3 158 624, h 3 136 977 usw. —

Ein **Flugjahr der Maikäfer** soll das heutige sein. Wo man auf Rasenplätzen, Wiesen und Bruchäckern gräbt, findet man in geringer Tiefe sehr zahlreiche Maikäfer, die schon vollständig ausgebildet sind und nur des Frühlings mit feiner Laubfülle warten, um ihre verderbliche Thätigkeit zu beginnen. —

**Buchhandlung Volksstimme**  
(Inhaber Bernhard Harbaum).  
Geöffnet Wochentags von vormittags 8 Uhr bis abends 8 Uhr.  
Sonntags von 11—2 Uhr vormittags.

---

**Der Gottesbegriff.**  
Seine Geschichte und Bedeutung in der Gegenwart.  
Aus dem Holländischen von **Nieuwenhuis**.  
Preis 40 Pf.

Neu erschienen:  
**Nicht stehendes Heer**  
sondern Volkswehr.  
Von **August Bebel**. — Preis 40 Pf.

---

**Aus Leben u. Wissenschaft.**  
Gesammelte Vorträge und Aufsätze  
von **Dr. A. Dodel**.  
Preis 1.00 Mk.

**Pantinenhölzer**  
jovic 279  
sämtl. Artikel zur Holz- und  
Fiberpantinenfabrikation  
zu billigen Preisen empfiehlt die  
Leberhandlung von  
**Gust. Friese, Neustadt, Luisenstr. 1.**

**Fleischhalle**  
Alte Markt 25, Eckhaus Butters  
Kalbfleisch, Pfd. 15, 35, 40, 45, 50 Pf.  
Schweinefleisch, Pfd. 35, 45, 55, 60, 65 Pf.  
Verkauf nur Freitags und Sonnabends.

**Gesucht werden:**  
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der  
Gewerkschaften Magdeburgs (Klein  
Klosterstraße 15/16): Gelbzieher und  
Metallbrecher, Schlosser auf Fahrräder  
(Mahnemanns), Werkzeugmacher, Schnei-  
der, Sattler und Tapezierer, Drechsler,  
Tischler, Korbmacher auf Gefelle, Barbier,  
und ein Gärtnerschling mit guter Schul-  
bildung.

**Einen Lehrling** gegen Vergütung sucht  
**Otto Schneider**, Tapezierer und Dekorator,  
Stephansbrücke 2. 88

**Es suchen Stellung:**  
Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der  
Gewerkschaften Magdeburgs (Klein

Klosterstraße 15/16): Wauer, Zimmerer,  
Schuhmacher, Dreher, Hobbist, Löffel,  
Klempner, Formner, und Arbeiter für  
jede Arbeit und Arbeiterinnen.

---

**Stadtesamt.**  
Magdeburg, 23. Februar.  
Aufgebote: Adv. Karl Joh. Andr.  
Eugel mit Maria Kaminski in Stendal.  
Eisenbahn-Bureau-Diakon Max Frede mit  
Vina Schoeber hier. Telegraph-Assistent  
Moriz Bollmann mit Elisabeth Wohlede hier.  
Gärtner Otto Schneider mit Ida Kugel-  
mann hier. Arbeiter Gustav Dietrich mit  
Anna Krüger in Kl.-Dierstedten.  
Geburten: Elise u. Karl, Zwillingen-  
kinder des Arbeiters Friedr. Mauw. Ernst,  
S. des Verf.-Inspekt. Ludwig Studmann.  
Ida, T. des Vorarbeiters Albert Heinrichs.  
Bertha, T. des Dachdeckers Ernst Heine.  
Otto, S. des Bäckermeisters Otto Neunert.  
Gena, T. des Arbeiters Otto Hauert. Erich,  
S. des Schuhmachers Albert Otto. Erna,  
T. des Schneidermeisters Friedrich Wilke.  
Todesfälle: Walter, S. des Arb-  
Herrmann Berg in Egeln, 2 J. 27 T.  
Willy, S. des Arbeiters Joh. Neundorff,  
3 T. Gertrud, unehel. 1 T. August,  
Voigt, Adv., 33 J. 1 M. 3 T. Berneise,  
geb. Suter, Ww. des Rechnungsrats Christ.  
Schmidt, 72 J. 1 M. 4 T.

**Endenburg**, 23. Februar.  
Aufgebote: Arbeiter Friedrich Heine-  
mann mit Bertha Dorothee Ida Guth hier.  
Korbleger Hermann Karl Paul Uno mit  
Frieda Elise Bornkamp hier.  
Geburten: Käthe, T. des Lokomotiv-  
Heizers Gustav Friede. Elise, T. des Arb-

Fritz Hermann. Erna, T. des Stellmachers  
Ernst u. Malo.  
Todesfälle: Ernst, S. des Schneid.  
Friedrich Alderman, 2 M. 4 T. Hilda,  
T. des Handelsmanns Wilhelm Widige,  
1 J. 4 T. Gertrud, T. des Drehers Paul  
Walter, 4 J. 6 M. 25 T.

---

**Neustadt**, 23. Februar.  
Aufgebote: Sergeant u. Batall.  
Lamb. Sam. Friedr. Meier (Meier) mit  
Ugathe Mathilde Stöffler. Benf. Weichen-  
Keller Christ. Mathias Koch mit Wwe.  
Wille, Margarete Charlotte, geb. Schmidt.  
Todesfälle: Ernst, S. des Arbeiters  
Heinrich Goerlach, 3 J. 2 M. 17 T.  
Rentier Andreas Schaefer, 80 J. 2 M.  
21 T. Primitas Christ. Käthe, 92 J.  
9 M. 2 T.

**Togeburt:** E. T. des Weißgerbers  
Hermann Theile. E. T., unehel.

**Burg**, 22. Februar.  
Aufgebote: Kaufmann Paul Julius  
Enil Dünse in Berlin mit Auguste Luise  
Bertha Wolter hier. Arbeiter Friedrich  
Wilhelm Schulze mit Auguste Karoline  
Luise Götz hier. Tischler Friedr. Christ.  
Schmidt mit Ww. Emma Minna Weber,  
geb. Kunat, hier. Arbeiter Ferdinand  
Wilhelm Albert Zander mit Friederike  
Dorothee Bertha Ginn hier. Weisgeber  
Emil Richard Hermann Maas mit Luise  
Marie Elisabeth Fahnke, gen. Albers, in  
Magdeburg.  
Geburten: E. des Drechslers Max  
Schroder, Kapellenstr. 17. S. des Zwir-  
nemeisters Heinrich Hirsch, Oberstr. 83. T.  
des Schuhmachers Wilhelm Jericho, Weich-  
straße 15. T. des Arbeiters Hermann  
Poffinke, Gr. Hof. T. des Tischlers Herm.  
Eingrüber, Mühlenstr. 40. Eine T. unehel.